

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

Jessica Costa: Auf Du und Du mit der Scheuersaugmaschine. Seite 22



## Wie steht's mit der ALK-IT?

Das neue IT-System des Bundes für die Arbeitslosenkassen startete sehr holprig. Unia-ALK-Chef **Timur Öztürk** zur aktuellen Lage. Seite 16

## Die Bosse neu vermessen

Ex-Unia-Co-Präsident **Andreas Rieger** hat seine Studie über die Wirtschaftsverbände aktualisiert. Seite 17

## Abstimmung vom 14. Juni:



## zu tieferen Löhnen!



## zu tieferen Renten!



## zum Chaos!

## Traum-Job erschnuppern

Was soll ich bloss werden? Der Weg zum Traum-Job ist nicht immer einfach. Was tun? work weiss Rat. Seiten 18-19

12 Seiten mit Fakten, Daten und Interviews zur brandgefährlichen «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP.

Seiten 2-13



**workedito**  
Anne-Sophie Zbinden

**GEISTERSTUNDE**

Es ist noch finstere Nacht, wenn sie sich regen, alles schläft. Lautlos besteigen sie fast leere Busse, eilen durch verlassene Gassen. Bis sie ihr Ziel erreichen und ihre fleissigen Hände das Lenkrad, den Wischmopp, die Schaufel oder die Bettpfanne berühren. Dann verwandeln sie sich in Chauffeure, Reiniger, Bauarbeiter oder Pflegerinnen. Spätabends, wenn wieder alles schläft, huschen sie geisterhaft zurück, wie Schatten in der Nacht.

SPUK. So sieht das Traumbild der SVP und ihrer Entourage aus. Sie phantasieren von Wohlstand, glücklich gepflegten Kranken,

schönen neuen Häusern, sauberen Bahnhöfen, schlaglöcherfreien Strassen, erledigt durch Geister-

hände, geräuschlos, kostenlos, unsichtbar. Sie wollen gepflegte Patienten, nicht aber die Pflegerin. Sie wollen das Paket am nächsten Morgen, nicht aber den Kurierfahrer. Sie wollen saubere Züge, nicht aber die Reinigerin. Doch diese Arbeiten halten das Land am Laufen, ausgeübt von Menschen aus Fleisch und Blut, vielen Migrantinnen und Migranten. Und diese sind der SVP und ihren rechten Vorgängerinnen ein liebgewonnenes Feindbild, besonders seit sich die Schweiz vom Armenhaus Europas zu einer der reichsten Nationen der Welt gemausert hat.

MONSTER. Unvergessen grausam der Satz des damaligen Schweizer Justizministers Eduard von Steiger, der 1942 unter dem Motto «Das Boot ist voll» Tausende Jüdinnen und Juden in den sicheren Tod schickte. Später dann Schwarzenbach, der mit seiner Initiative «Gegen die Überfremdung» 300 000 Menschen ausweisen wollte. Schwarzenbach hat einmal gesagt: «In der Schweiz bin ich Demokrat, würde ich in Spanien leben, so wäre ich Faschist.» Was vielleicht ehrlicher war als die SVP von heute, die die genau gleichen Anliegen mit scheinbarem Verständnis für die «Sorgen des einfachen Mannes» übertüncht. Sie gaukelt vor, die drängendsten Probleme der Schweiz wären mit ihrer «Nachhaltigkeitsinitiative» wie von Geisterhand gelöst. Und blendet dabei völlig aus, dass bei Tageslicht betrachtet die Hebel angesetzt werden müssten, wollte man reale Verbesserungen für alle: bei der Steuerpolitik zugunsten von Konzernen und Reichen, der Immobilienspekulation, der Raumplanung oder den Mindestlöhnen.

ALBTRAUM. Mit ihren Kampfbegriffen wie Dichtstress, Zubetonierung oder Wohnungsnot verdrängt die SVP die Menschen aus der Debatte, macht sie unsichtbar. Denn Unsichtbare brauchen keine Rechte, keine Mindestlöhne, keine Familien. Kein Wunder, ist die SVP-Idealvorstellung eine Rückkehr zum Saisonierstatut. Dem perfiden System, das Menschen zu Geistern macht.

Doch wir glauben nicht an Geister. Die Schweiz hat kein Problem mit Migration. Sie hat ein Problem damit, die Menschen anzuerkennen, deren Arbeit sie täglich braucht.

Diese work-Ausgabe ist fast ganz der Chaosinitiative der SVP gewidmet. Weil ein Ja verheerende Auswirkungen auf alle Arbeitnehmenden in der Schweiz hätte. Und weil wirklich jede Stimme zählt.

# Unia-Präsidentin Vania Alleva rechnet mit der SVP ab: Die Partei agiert unmenschlich und belügt das Volk

## «Diese Initiative löst keine Probleme»

**Unia-Präsidentin Vania Alleva spricht Klartext: Mit der «Nachhaltigkeitsinitiative» will die SVP nicht weniger Menschen im Land, sondern mehr Menschen mit weniger Rechten.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN  
work: Die Gewerkschaften behaupten, die SVP-«Nachhaltigkeitsinitiative» schade allen Arbeitnehmenden. Wie genau?  
Vania Alleva: Die Initiative ist ein Angriff auf Löhne, Renten, Arbeitsplätze und das gesamte Gesundheitssystem.

Warum? Im Initiativ-Text geht es ja in erster Linie um die Deckelung des Bevölkerungswachstums. Die Initiative greift grundlegende Rechte an. Konkret geht es um die Personenfreizügigkeit und damit auch um den Lohnschutz. Denn die Initiative enthält einen Automatismus: Ab einer bestimmten Schwelle würde die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union gekündigt. Damit würden auch die flankierenden Massnahmen wegfallen – also jene Instrumente, mit denen wir heute Lohndumping bekämpfen und den Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» durchsetzen.

Unsere Kontrollen zeigen immer wieder, dass rund ein Drittel der Unternehmen die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht korrekt einhalten. Was die SVP mit dieser In-



WARNUNG: «Diese Initiative ist extremer als die Schwarzenbach-Initiative.»

itiative bewirkt, ist deshalb nicht eine Begrenzung der Migration, sondern eine Zunahme von Arbeitnehmenden ohne Rechte. Das hat Auswirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt.

Was sind die Folgen für die Arbeitsplätze?  
Besonders in der Exportindustrie gefährdet die Initiative Arbeitsplätze. Über die Hälfte der Schweizer Industrieprodukte werden in EU-Länder exportiert. Die Industrie steht wegen der US-Zölle ohnehin schon unter Druck. Wenn in dieser Situation auch noch die wichtigste Handelspartnerin wegbreicht, hätte das enorme Folgen für die Arbeitsplätze. Das sehen wir heute bereits in der Uhren- und MEM-Industrie. In verschiedenen Betrieben sind Beschäftigte wegen der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Kurzarbeit.

Sie sagen zudem, die Initiative gefährde die Renten.  
Genau. Wenn die Zahl der Erwerbstätigen gedeckelt wird, hat das direkte Auswirkungen auf AHV und Pensionskassen. Bereits heute haben wir einen grossen Fachkräftemangel. Und jetzt gehen die Babyboomer in Pension. Weniger Erwerbstätige: Das hat ne-

gative Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf die Sozialwerke. Der Gewerkschaftsbund hat berechnet, dass die Renten je nach Entwicklung zwischen 800 und 2200 Franken tiefer ausfallen könnten, wenn die Initiative angenommen würde.

Und was ist mit dem Gesundheitssystem?  
Das ist ein ganz zentraler Punkt. Rund die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz haben ihre Ausbildung im Ausland gemacht. Mehr als ein Drittel des diplomierten Pflegepersonals kommt ebenfalls aus dem Ausland. Das Pflegepersonal arbeitet heute schon am Limit. Die Chaos-

initiative würde zum Kollaps des Gesundheitssystems führen. Spitäler und Altersheime könnten nicht mehr funktionieren.

Die SVP trifft mit ihrer Initiative einen Nerv. Sie spricht gezielt Themen an wie Staus, hohe Mieten oder Geldsorgen. Können Sie nachvollziehen, dass viele Menschen hoffen, dass sich ihre Situation mit dieser Initiative verbessert?

Natürlich. Denn es gibt ganz reale Probleme. Hohe Mieten, steigende Krankenkassenprämien oder überfüllte Infrastrukturen beschäftigen die Menschen. Doch die SVP macht das wie immer: Sie nimmt bestehende Probleme auf und präsentiert vermeintlich einfache Lösungen. Doch diese verlogene Initiative löst kein einziges dieser Probleme.

Bei den Mieten etwa ist nicht die Migration das Problem, sondern die Immobilienspekulation. Es wird zu wenig in gemeinnützigen Wohnungsbau investiert. Und wenn es um konkrete Lösungen geht – etwa gegen Spekulation oder für nachhaltigen Wohnungsbau –, dann bekämpft die SVP diese sogar. Dasselbe gilt beim Thema Nachhaltigkeit oder beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die SVP spricht zwar über Nachhaltigkeit, blockiert aber konkrete Massnahmen.

Die Initiative trägt aber die «Nachhaltigkeit» im Titel!

Das eigentliche Ziel der SVP ist eine Rückkehr zum Saisonierstatut. Damals konnten Menschen nur beschränkt bleiben, durften nicht mit ihren Familien leben und hatten kaum Rechte. Mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit würden auch die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne wegfallen. Die SVP will nicht weniger Menschen, sondern mehr Menschen mit weniger Rechten. Das ist keine Behauptung der Gewerkschaften, sondern steht schwarz auf weiss im SVP-Parteiprogramm und ergibt sich auch aus dem Initiativtext.

Inwiefern?  
Die Initiative rechnet mit der «ständigen Wohnbevölkerung». Dadurch sind Menschen mit prekären Aufenthaltsbewilligungen – etwa Saisoniers, Kurzaufenthalter oder Grenzgänger – gar nicht mitgezählt. Die Initiative begrenzt also nicht die Zahl der Menschen, die arbeiten kommen, sondern die Zahl jener mit gesicherten Rechten.

Warum setzt die SVP immer wieder auf fremdenfeindliche Kampagnen?  
Weil Unsicherheit und soziale Probleme Menschen empfänglicher machen für einfache Antworten und Sündenbockpolitik. Unsere Aufgabe ist es, immer wieder aufzuzeigen, worum es wirklich geht und für wen die SVP Politik macht. Und das hat SVP-Nationalrätin Katja Riem klar gesagt: «Wir sind nicht die Partei der Arbeitnehmenden.»

Die aktuelle Initiative reiht sich zwar ein in eine lange Reihe fremdenfeindlicher Initiativen – von Schwarzenbach bis heute –, aber sie ist die extremste von allen. Es geht

**WORK-SCHWERPUNKT**

- **Gastro ohne Migration? Unmöglich!** work auf Beizentour. Seite 5
- **Die Zuwanderungslüge:** SVP holt Ausländer in die Schweiz; sie müssen nur reich sein. Seite 6
- **Den Lohndumpen auf der Spur:** Was passiert, wenn die flankierenden Massnahmen wegfallen, zeigt die work-Reportage. Seiten 6–7
- **Von wegen Nachhaltigkeit:** Die Klimabewegung enttarnt die Nebelpetarde der SVP. Seite 8
- **Alle gegen die SVP:** Bei dieser Initiative sind sich die Jungen über die Parteigrenzen hinweg einig. Seite 8
- **Narben, die bleiben:** work-Kolumnistin Laura berichtet vom Hass, den ihr Vater nie vergessen wird. Seite 8
- **Aufwachsen ohne Vater:** Für den Sohn eines Saisoniers ist klar, dass sich die Geschichte nicht wiederholen darf. Seite 9
- **Der grosse Faktencheck:** work zeigt Punkt für Punkt auf, wie die SVP die Bevölkerung hinter Licht führt. Seiten 10–11
- **Angst schüren:** So wird Rassismus wieder salonfähig. Seite 12
- **Zum Beispiel Brexit:** Der Schweiz droht dasselbe Schicksal. Seite 13

darum, starke Gewerkschaften, Gesamtarbeitsverträge und Lohnkontrollen zurückzudrängen.

Doch auch manche Gewerkschaften liebäugelten damals mit der Schwarzenbach-Initiative. Wie hat sich ihre Haltung verändert?

Die Gewerkschaften haben sich stark verändert. In den 1970er Jahren unterstützten auch sie teilweise eine Kontingentierungspolitik, mit letztlich negativen Auswirkungen auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Heute vertreten wir einen ganz anderen Ansatz: eine offene Schweiz mit Instrumenten, die alle Arbeitnehmenden unabhängig von ihrer Herkunft schützen. Wir schützen die Löhne und die Arbeitsbedingungen, nicht die Grenzen. Wir lassen uns nicht spalten!

Die Schweiz ist eine vielfältige Gesellschaft, und viele Branchen würden ohne Migrantinnen und Migranten gar nicht funktionieren – vom Bau über Dienstleistungen bis zum Gesundheitswesen. Auch die Gewerkschaften spiegeln diese Vielfalt wider.

Die aktuellen Umfragen zeigen: es wird knapp. Wie gross schätzen



SECONDA: «Mein gewerkschaftliches Engagement hat viel mit meiner Familiengeschichte zu tun. Deshalb trifft mich diese Debatte auch persönlich. Es ist schwer zu akzeptieren, dass ein erfolgreiches Land wie die Schweiz solche Diskussionen führen muss.» FOTOS: GAËTAN BALLY

Sie die Gefahr ein, dass die Initiative angenommen wird?

Die Umfragen sind ein Weckruf. Wir müssen in den kommenden Wochen sehr viel Überzeugungsarbeit leisten. Es gibt Menschen, auch in gewerkschaftsnahen Kreisen, die wegen realer Probleme oder eines allgemeinen Unbehagens mit der Initiative sympathisieren. Aber ich merke in Gesprächen immer wieder: Sobald wir erklären,

«Wir schützen die Löhne, nicht die Grenzen. Wir lassen uns nicht spalten.»

was wirklich im Initiativtext steht, gibt es einen Aha-Effekt.

Welche Argumente wirken besonders?  
Bei der Gewerkschaftsbasis ist es vor allem der Angriff auf den Lohnschutz und die ArbeitnehmerInnenrechte. Menschen mit Migrationserfahrung reagieren besonders stark auf die Vorstellung einer Rückkehr zum Saisonierstatut. Viele kennen diese Realität noch oder haben Geschichten aus ihren Familien gehört.

Was hören Sie von Menschen ohne Schweizer Pass?

Vor allem grosse Betroffenheit. Viele können kaum glauben, dass eine derart unmenschliche Initiative überhaupt so viel Unterstützung erhält und ernsthaft diskutiert wird.

Sie selbst haben einen Migrationshintergrund. Ihre Eltern stammen aus Italien. Was löst die Initiative bei Ihnen aus?  
Mein gewerkschaftliches Engagement hat viel mit meiner Familiengeschichte zu tun. Deshalb trifft mich diese Debatte auch persönlich. Es ist schwer zu akzeptieren, dass ein erfolgreiches Land wie die Schweiz solche

Diskussionen führen muss, anstatt die echten Probleme zu lösen. Gleichzeitig motiviert es mich, noch mehr zu tun und mit möglichst vielen Menschen das Gespräch zu suchen.

Haben Sie manchmal Angst vor einer Annahme der Initiative?

Ich versuche, gar nicht daran zu denken. Für mich gibt es keinen Plan B. Diese Initiative darf nicht angenommen werden. Aber natürlich stellt man sich irgendwann die Frage: In welchem Land leben wir, wenn sich so etwas durchsetzt?

Die Gewerkschaften treten in dieser Debatte teilweise gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden und bürgerlichen Parteien auf. Ist das nicht problematisch?

Es gibt unterschiedliche Kampagnen und unterschiedliche Argumentationen. Die Wirtschaftsverbände argumentieren anders als wir, NGO wiederum anders. Wir konzentrieren uns



AUFLÄRUNG: «Sobald wir erklären, was wirklich im Initiativtext steht, gibt es einen Aha-Effekt.»

auf Arbeitnehmerrechte, Lohnschutz und die Gefahr von Ausbeutung. Aber dass diese Initiative ein totales Chaos verursachen würde, darin sind wir uns einig.



# Samsung vor Mega-Streik?

SEOUL. In den ersten drei Monaten dieses Jahres hat Samsung dank dem KI-Boom etwa 30 Milliarden Franken Gewinn gemacht – acht Mal mehr als im Vorjahr. Von diesem Rekord wollen jetzt auch die Mitarbeitenden etwas sehen. Ihre Gewerkschaft fordert 7 Prozent mehr Lohn und eine Gewinnbeteiligung von 15 Prozent für alle. 48 000 Mitarbeitende haben eine Streikdrohung unterzeichnet. Falls das Management nicht einlenkt, wollen sie 18 Tage lang keinen Finger krümmen.

## Polizeigewerkschaft warnt vor AfD

BERLIN. Im ostdeutschen Sachsen-Anhalt wird im September ein neuer Landtag gewählt. In Umfragen liegt die AfD weit vor allen anderen Parteien und könnte erstmals die Regierung in einem Bundesland übernehmen. Nun warnen die Polizeigewerkschaften vor den Folgen. Sie befürchten, dass die AfD, die in Sachsen-Anhalt vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem



BLAUE GEFAHR: AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund. FOTO: KEYSTONE

eingestuft wird, Staatssekretäre und Abteilungsleiter bei der Polizei mit Gefolgsleuten ersetzen und so den Rechtsstaat gefährden könnte.

## Fussball-WM ohne ICE-Terror

LOS ANGELES. Die Beschäftigten des WM-Stadions in Los Angeles, wo Mitte Juni auch die Schweiz spielen wird, fordern: ICE out! Falls die Beamten der ICE-Truppen im Stadion zum Einsatz kommen sollten, wollen sie in den Streik treten. Die Gewerkschaft «Unite Here! Local 11» kritisiert auch, dass Mitarbeitende beim Akkreditierungsverfahren der Fifa persönliche Daten weitergeben müssen. Die Gewerkschaft befürchtet, dass die Fifa die Daten an ICE und die Geheimdienste weitergibt.

## SBB Cargo als Service public

BERN. Die Bahngewerkschaft SEV fordert eine Neupositionierung der SBB Cargo und eine Neubeurteilung des Betriebs. Statt weiter auf eine unrealistische Eigenwirtschaftlichkeit hinzuarbeiten, müssten die SBB das Restrukturierungsprogramm «Genesis» beenden und damit den Abbau Dutzender Stellen bei SBB Cargo verhindern. Der SEV fordert, dass der Güterverkehr gleich wie der Personenverkehr und die SBB-Infrastruktur als Service public gilt. So gelinge auch die vermehrte Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene wieder.

# workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

## Filmfestival Cannes: Aufstand der Unsichtbaren



FEMINISM WASHING: Das Plakat des Filmfestivals zeigt «Thelma & Louise» von 1991, das erste feministische Road-Movie. Doch nur 5 von 22 ausgewählten Filmen des Wettbewerbs stammen von Regisseurinnen. FOTO: PD

Camille (29) wollte für das Filmfestival in Cannes arbeiten. Doch am Vorabend ihrer Reise in den Süden teilte das Festival ihr mit, sie sei gefeuert. Weshalb? Die zuständige Präfektur sehe in Camille ein Sicherheitsrisiko. Sie stützt sich dabei

### Sobald ein Anlass als Grossereignis eingestuft wird, steht das Personal unter Generalverdacht.

auf das «Gesetz für innere Sicherheit und den Kampf gegen den Terrorismus». Sobald ein Anlass als Grossereignis eingestuft wird, stellt die Polizei das gesamte Personal unter Generalverdacht. Sie nennen es «criblage», Durchleuchtung. Dabei benützt die Polizei auch die berühmte Datenbank Pasp, in der sie unkontrolliert Fichen über die Bevölkerung anlegt. Darin soll bereits ein Sechstel der

französischen Bevölkerung als potentielle Unruhestifterin vermerkt sein. Gegen diese undurchsichtige Praxis wehrt sich ein Kollektiv der Event-Arbeitenden mit Hilfe der Gewerkschaften Sud und CGT. Sud zum Fall Camille: «Dieses faktische Berufsverbot ist eine Einschüchterung, eine politische Diskriminierung.» Wie viele in Cannes so einen Job verloren haben, wissen sie noch nicht. Bei der Pariser Olympiade 2024 waren es 4000. Nach dem ersten Schock half Camille, für die Betroffenen ein Handbuch zur Selbstverteidigung zu schreiben. Auch 600 Regisseurinnen, Schauspieler und weitere Filmprofis wehren sich gegen den autoritären Backlash und die Macht der Milliardäre.



Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/cannes26

## So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch) im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

## «Hände weg vom freien Sonntag!»

Offene Läden an Sonntagen? Im Schweizer Parlament wird das heiss diskutiert. Dagegen wehrt sich das Verkaufspersonal entschlossen. Wie sich das verhindern lässt, erklärt Gewerkschafterin Mersiha Beširović aus Bosnien und Herzegowina. Mit ihrer Gewerkschaft wehrte sie sich erfolgreich gegen die Sonntagsarbeit. Dank dem Druck der Gewerkschaft hat die Föderation von Bosnien und Herzegowina im November 2024 ein Gesetz eingeführt, das den Geschäften verbietet, am Sonntag und an Feiertagen offen zu haben.



Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/sonntag-frei

## Ein Pflegegesetz, das von unten kommt

Die Partei «La France insoumise» hat einen Entwurf für ein neues französisches Gesetz für bessere Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege entwickelt. Als Vorlage und Inspiration diente das Care-Manifest der Unia.



Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/france-insoumise

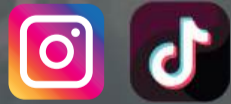
## Menschenhandel in Privathaushalten

Die FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration berät gewaltbetroffene Migrantinnen und Migranten und Opfer von Menschenhandel. Seit über 40 Jahren. Der eben erschienene Jahresbericht 2025 wirft ein Schlaglicht auf Arbeitsausbeutung und Menschenhandel in Privathaushalten. Da ist zum Beispiel M.: Finanzielle Not und Konflikte in ihrer Beziehung treiben sie dazu,

## WORK SOCIAL MEDIA: BLICK IN DIE KOMMENTARSPALTE

# Rückkehr zum Saisonierstatut? Das Netz sagt Nein zur SVP

work hat das Leben von Delfina Gonzalez Gander (im Bild) erzählt, die als Saisonniere im Alter von 16 Jahren in die Schweiz kam. Billige Arbeiterinnen und Arbeiter, die in der Schweiz ohne Rechte und ohne Familie chrapfen mussten, gab es Tausende. Das ausbeuterische Saisonierstatut würde durch ein Ja zur SVP-Chaosinitiative wieder Realität werden. Auf Social Media wird das eifrig diskutiert.



@workzeitung

Was passiert, wenn die Bilateralen wegfallen? Noch schlimmere Löhne für Ausländer und noch mehr Druck auf alle anderen Löhne.  
Delmasterful

Ich sehe Parallelen zwischen der Schwarzenbach- und der 10-Mio.-Initiative. Und hoffe, dass wir da psychisch «heil» rauskommen.  
Luca Zacchei

Die Schweiz steht für ein Miteinander. Das soll so bleiben.  
Salome Lulusier

Ich erinnere mich an die Saisoniers. Damals war das normal. Heute ist es nur noch Scham.  
Moeni Weber

Was damals war, ist noch nicht verdaut. Nein zur fremdenfeindlichen SVP-Initiative.  
Donatus

Wer Ja zu dieser Initiative stimmt, begeht Verrat an der Schweiz.  
Schpitzchopf

Logisch: Ein gesundes Nein zur Initiative.  
Paul Rudisuhli



eine Stelle als Kinderbetreuerin in der Schweiz anzunehmen. Sie hofft auf Arbeit, Lohn und etwas Sicherheit. Doch vor Ort beginnt die Ausbeutung. M. erhält keine Arbeitsbewilligung. Sie darf keine Ferien nehmen, keine Pausen machen und muss neben der Kinderbetreuung auch noch den Haushalt erledigen. Den Lohn zahlt ihr Arbeitgeber nur unregelmässig und nie vollständig. Als M. kündigen will, droht man ihr mit einer Anzeige und mit Ausschaffung. M. bekommt Angst und bleibt.



Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/fiz26

## Schwere Unfälle auf der Arbeit nehmen zu

Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Suva) vermeldete: In den Jahren 1986 bis 1990 seien in der Schweiz durchschnittlich 207 Personen pro Jahr bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen. Zwischen 2020 und 2024 seien es «nur» noch jährlich 64 gewesen, obwohl seither mehr Menschen erwerbstätig seien. Diese erfreuliche Entwicklung werde beim Blick auf das Risiko noch deutlicher: Das Risiko für einen tödlichen Berufs-unfall sei im gleichen Zeitraum von 6,7

auf 1,48 pro 100 000 Vollbeschäftigte gesunken. Doch ein vertiefter Blick in die Suva-Unfallstatistik trübt die Erfolgsmeldung erheblich. Das Risiko für schwere Unfälle hat in der gleichen Zeit nämlich deutlich zugenommen – und zwar im Durchschnitt aller Branchen. Die Suva-Statistik zeigt: Mit 348 schweren Unfällen pro 100 000 Vollbeschäftigte erzielte das Jahr 2024 (neuere Zahlen sind noch nicht publik) sogar einen Negativrekord. Der Wert liegt 17 Prozent höher als 2015.



Weiterlesen auf workzeitung.ch  
rebrand.ly/suva26



**UNDENKBAR OHNE HILFE AUS DER EU:** Hoteldirektor Daniel Siegenthaler und Konditorin Alexandra Höfle. FOTO: MATTHIAS LUGGEN



**DIE EINZIGE MIT SCHWEIZER PASS:** Im Hauswirtschaftsteam von Bettina Kraemer ginge nichts mehr. FOTO: CHE



**KEINE AUSLÄNDER, KEINE ITALIANITÀ:** Kellner Antonio Fazari nennt die Initiative «una cosa brutta». FOTO: ZVG

## work auf Beizentour:

# Gastrobetriebe ohne Arbeitnehmende aus dem Ausland?

# «Wir müssten schliessen!»

**Sie kochen, servieren, putzen. Ausländische Arbeitskräfte halten das Schweizer Gastgewerbe in Schwung. work hat in Küchen, Restaurants und Chefbüros gefragt: Wie sähe es ohne sie aus?**

CHRISTIAN EGG

In der Patisserie, sagt Alexandra Höfle, müsse man auf Überraschungen vorbereitet sein. In der Küche des Hotels Aare Thun nimmt sie eine Backform aus dem Kühlschrank und sagt: «Plötzlich heisst es, ein Gast habe heute Geburtstag, mach bitte schnell was.» Deshalb hat sie am Morgen die Formen mit Schokolade gefüllt und drückt jetzt Mini-Schoggitafeln heraus. «So. Jetzt habe ich eine hausgemachte Dekoration fürs nächste Dessert.»

Fast ihr ganzes Berufsleben lang hat Höfle in Schweizer Hotels und Restaurants für süsse Gaumenfreuden gesorgt. Geboren ist sie in Hamburg, bis heute ist sie deutsche Staatsbürgerin. Der Chefkoch ist ein Spanier, die junge Köchin mit Kopftuch, die gerade Brot schneidet, um daraus Crostini zu machen, kommt aus Syrien. Im zwölfköpfigen Küchenteam haben nur fünf einen Schweizer Pass.

### FACHKRÄFTE FEHLEN

Hoteldirektor Daniel Siegenthaler ist froh über die ausländischen Mitarbeitenden. Im Gastgewerbe, sagt er, sei es enorm schwierig, genügend Fachkräfte zu finden: «Nur dank der Personen-

freizügigkeit mit der EU können wir offene Stellen einigermaßen besetzen.»

Genau dieser Personenfreizügigkeit, Teil der bilateralen Verträge, droht jetzt das Aus. Am 14. Juni stimmen wir über die Chaosinitiative der SVP ab. Sie will die Wohnbevölkerung in der Schweiz auf 10 Millionen begrenzen. Wird dieser Wert während zweier Jahre überschritten, dann sei, so der Initiativtext, das Abkommen mit der EU «auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen».

### EIN TRAURIGES BILD

Das hätte traurige Folgen für die Schweiz, sagt Konditorin Höfle: «Es gäbe keine tollen Restaurants und Hotels mehr.» Direktor Siegenthaler nickt. Nicht nur in der Küche, schlichtweg in allen Bereichen des Hotels seien ausländische Mitarbeitende im Einsatz. Er leitet ebenfalls das Hotel Bern in der Hauptstadt; beide Häuser gehören mehrheitlich der Unia und beschäftigen zusammen rund 110 Mitarbeitende. Davon haben rund zwei Drittel keinen Schweizer Pass, so Siegenthaler

Er führt work durch die schicken Gänge des 2023 umgebauten Hotels auf der Thuner Aareinsel. Eine Tür steht offen, zwei Mitarbeiterinnen machen das Zimmer bereit für den nächsten Gast. Ein paar Schritte weiter treffen wir Bettina Kraemer, Leiterin Hauswirtschaft. Auf die Frage des Reporters lacht sie und sagt: «Ohne ausländische Mitarbeitende? Ich hätte niemanden mehr.» 13 Reinigungskräfte hat ihr Team, sie ist die einzige Schweizerin. Für Direktor Siegenthaler gäbe

es nur eine Option, wenn keine Arbeitskräfte mehr in die Schweiz kommen könnten: «Wir müssten beide Hotels schliessen.»

### «WIR BRAUCHEN DIESE LEUTE!»

Sorgen macht sich auch der Berner Gastronom Michel Gyga. Nicht so sehr für die KG Gastrokultur, deren Co-Geschäftsleiter er ist. Von ihren 60 Mitarbeitenden in vier Restaurants, darunter das «Du Nord» im Lorrainequartier, haben nur eine Handvoll keinen Schweizer Pass. Aber für die Branche insgesamt sei die SVP-Initiative «richtig gefährlich», weil sie den Fachkräftemangel um ein Vielfaches verschärfen würde: «Wir brauchen diese Leute!» Die Zuwanderung mit einer Obergrenze zu beschränken, wie dies die Initiative will, würde in eine «Katastrophe» führen, sagt Gyga. Übrigens nicht nur das Gastgewerbe. Die ganze Wirtschaft, «besonders wichtige Branchen wie das Gesundheitswesen».



**BERNER GASTRONOM:** Michel Gyga. FOTO: ZVG

### KEINE ITALIANITÀ MEHR

In Olten nennt Kellner Antonio Fazari die Initiative «una cosa brutta» – eine schlimme, gruselige Sache. Lieber serviert er einen Espresso: «Bei uns bekommst du den besten Kaffee im ganzen Kanton Solothurn!» Das «Arlecchino» ist ein typisches italienisches Restaurant, der 23jährige Fazari empfiehlt die Pasta: Rigatoni all'amatriciana, Spaghetti carbonara, «mit denen haben wir vor drei Jahren in einem Kochwettbewerb den ersten

Rang geholt», und natürlich die Garganelli Arlecchino, mit Schinken, Peperoni und Tomatensauce – die gibt es hier, seit die Beiz in den 1980er Jahren gegründet wurde.

Da schallt ein lautes «Hallo» durchs Restaurant. Servicefrau Lisa, zurück aus den Ferien, wird begrüßt wie ein Familienmitglied. Sie strahlt und ruft: «Ich habe allen etwas mitgebracht!» Diese Italianità, auf dem Teller, in der Nase, in den Ohren: undenkbar ohne Italienerinnen und Italiener, die den Laden schmeissen. Tatsächlich haben von den sieben Mitarbeitenden nur zwei den Schweizer Pass.

### WIRTEVERBAND WARNT

Ein Nein zur SVP-Initiative beschlossen hat auch der Wirtverband Gastrosuisse. Präsident Beat Imhof nennt sie einen «Frontalangriff auf unsere Branche». Diese sei auf Zuwanderung angewiesen. Andernfalls drohten höhere Preise, ein schlechteres Angebot und Betriebsschließungen.

Im «Arlecchino» setzt sich jetzt der Wirt Giuseppe Mandaglio dazu. Wie fast alle Mitarbeitenden ist auch er Mitglied der Unia. Nein, ohne Leute aus Italien könnte er

### «Das ist keine gute Idee. Besonders für die nächste Generation.»

WIRT GIUSEPPE MANDAGLIO

den Laden dichtmachen, sagt auch er. «Zu sagen, bei zehn Millionen sei Schluss, das ist keine gute Idee. Besonders für die nächste Generation.» Wenn es nach ihm ginge, könnte man sowieso alle Grenzen zwischen den Ländern aufheben. Ob jemand schwarz, gelb oder rosa sei, das spiele doch keine Rolle: «Siamo tutti figli della stessa terra.» Wir sind alle Kinder derselben Erde.



WILLKOMMEN, WEIL WOHLHABEND: Eigentlich behauptet die SVP ja, sie wolle weniger Ausländer im Land. Wenn es ums Geld geht, ist es vorbei mit der Fremdenfeindlichkeit. FOTO: GETTY IMAGES

# Von wegen weniger Zuwanderung SVP lockt reiche Ausländer ins Tessin

Der ehemalige SVP-Präsident Marco Chiesa hat aktiv Einwanderer ins Tessin gelockt. Beim Geld hört die Moral auf.



ANDREAS RIEGER

Auf der Suche nach Einwanderern reiste der ehemalige Präsident der SVP, Marco Chiesa, nach London. Neben seinem Mandat als Vertreter des Tessins im Ständerat ist Chiesa nebenbei auch noch Finanzvorstand in der Exekutive der Stadt Lugano. Und in dieser Eigenschaft flog Chiesa in die Hauptstadt Englands auf der Suche nach Ausländern, die neu in Lugano Wohnsitz nehmen könnten, um weniger Steuern zu bezahlen.

Eigentlich behauptet Chiesa ja, er wolle weniger Ausländer und nicht zusätzliche. Aber dieses Prinzip gilt natürlich nicht bei Multimillionären. Diese wären hochwillkommen in der Schweiz. Schwarze Schafe, einfache ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter raus – goldene Schafe rein. Das ist SVP-Politik.

**SVP: REICHE VOR** Die von Chiesa in London angelockten steuerflüchtigen Multimillionäre wären ja nicht die ersten, die in den Kanton Tessin kommen. Dieser kann stolz sein: Während es aus dem Kanton Uri kein einziger Steuerzahler in die Liste der 300 Reichsten der Schweiz schafft, aus Schaffhausen nur einer, aus Glarus und Solothurn nur zwei, sind es aus dem Tessin stolze achtzehn! Von ihnen stammen allerdings ge-

rade mal vier aus dem Tessin. Alle anderen sind aus dem Ausland zugezogen. In den letzten Jahren kamen mehrere Milliarden aus Grossbritannien, Norwegen, Italien. Die Tessiner Sonne und das gnädige Regime der Tessiner Steuerbehörden haben ihre Wirkung getan. Solche Multimillionäre will SVP-Chiesa noch vermehrt anlocken und dazu weiter Steuern senken und beim öffentlichen Dienst sparen.

Die Nationalisten der SVP und der Lega dei Ticinesi hausieren seit Jahren mit der demagogischen Lösung «Prima i nostril», auf deutsch «Vorrang für die Einheimischen». Ihre Politik ist jedoch «Prima i ricchi», «Vorrang für die Reichen»

# Zuwanderungsheuchler auch in der Deutschschweiz Chiesa ist nicht allein

Man kennt es von cleveren Kleinkriminellen: Wer die Beute unter dem Mantel trägt, schreit laut «haltet den Dieb». Auch Superreichen-Schlepper kennen diesen Trick. Etwa die Urner Ständerätin Heidi Z'graggen und der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler.

Das weltweit wohl bekannteste sogenannte Schweizer Steuerparadies ist Zug. Internationale Konzerne lassen ihre weltweit erzielten Gewinne über Zug laufen und bezahlen kaum Steuern.

**TÄNNLER TÄNDEL** Der Mann, der für dieses Geschäftsmodell steht wie keiner, heisst Heinz Tännler. Tännler hat so viele ausländische Konzerne und Überreiche nach Zug gelockt, dass der Kanton einen weltweiten Ruf hat. Denn Tännler ruft auch schon mal den Chef der Kantonalbank direkt an, wenn sanktionierte russische Oligarchenfirmen bei anderen Banken Probleme bekommen. Und Tännler sagt auch vor laufenden TV-Kameras ganz offen, dass er für die Umsetzung von offiziellen Schweizer Sanktionen «nicht Detektiv spielen» mag (hier zu sehen: [rebrand.ly/tannler](https://rebrand.ly/tannler)). Im vergangenen Oktober hat Tännler sich noch deutlich gegen die 10-Millionen-Initiative seiner SVP ausgesprochen: «Eine strikte Obergrenze der Bevölkerungszahl ist gefährlich und würde die Wirtschaft auf einen Schlag abwürgen.» Er fürchtete offenbar ums Geschäft.

Aber jetzt hat genau dieser Tännler erkannt, dass ein Ja zur Chaosinitiative entgegen seiner ersten Einschätzung das Zuger Geschäftsmodell überhaupt nicht tangiert. Im Gegenteil. Denn die



Heinz Tännler (SVP) und Heidi Z'graggen (Mitte). FOTOS: KEYSTONE

SVP will gar nicht weniger Menschen in der Schweiz, sondern mehr Menschen mit weniger Rechten, die für noch mehr mit Dumpingsteuern angelockte Superreiche aus aller Welt chrampfen.

**Übrigens I:** Selbst die marktradikale Denkfabrik Avenir Suisse findet, die Kantone sollten aufhören, mit Steuergeschenken Firmen in die Schweiz zu locken, die dann Personal benötigen, das in der Schweiz nicht zur Verfügung stehe.

**Übrigens II:** Auch ein nationaler Mindestlohn von 4500 Franken und mindestens 5000 Franken für alle, die eine Berufslehre abgeschlossen haben, würde die Zuwanderung bremsen. Was macht die angeblich so krantraumatisierte Heidi Z'graggen? Sie hat im Ständerat für ein Bundesdiktat gegen vom Volk beschlossene kantonale Mindestlöhne gestimmt. So wie die SVP von Heinz Tännler.

# Unterwegs mit den zwei sympathischen Baustellen-Schnüfflern aus Basel Sie machen Jagd auf Lohndumper

Mit ihrer Chaosinitiative will die SVP die flankierenden Massnahmen schreddern. Was dies für die Löhne bedeuten würde, zeigt ein Rundgang mit der Basler Baukontrolle.

JONAS KOMPOSCH

Staub liegt in der Luft, Funken sprühen, und zwei Fräsen geben schrecklich-schreie Töne von sich. Stefan Pauli (37) und Alina Tattera (45) stört nichts davon. Seelenruhig klettern die beiden über Armierungseisen und bahnen sich einen Weg durch Stapel von Dämmplatten – immer mit dem Ziel vor Augen: Aufspüren dieser verdächtigen Baubude aus Spanien, die hier an der Freien Strasse, Basels teu-

«Lohnkontrollen sind auch in unserem Interesse.»

SPANISCHER BÜEZER IN BASEL

erster Shoppingmeile, für einen Midekonzern ein Ladenlokal umbaut. Die Bude ist in Bern und Zürich bereits mit schweren Verstössen gegen den Gesamtarbeitsvertrag aufgefallen. Und jetzt in Basel?

Stefan Pauli sagt: «Die Firma hat ihre entsandten Arbeiter beim Onlineportal des Bundes registriert. Jetzt wollen wir mal schauen, ob wirklich alle angemeldet sind. Und zu welchen Bedingungen sie hier arbeiten.»

Pauli, ein gelernter Elektriker, ist Teamleiter bei der Arbeitsmarktkontrolle für das Basler Baugewerbe (AMKB). Der Verein aus Pratteln BL wurde 2017 von den Gewerkschaften und der Wirtschaftskammer Basel-land gegründet. Heute führt er im Auftrag von 20 paritätischen Kommissionen Betriebs- und Baustellenkontrollen im Dreiländereck durch. Für den Kanton Baselnd besorgt die AMKB zudem Schwarzarbeitskontrollen. «An Arbeit mangelt es uns also nicht», scherzt Alina Tattera. Die sich jetzt geknnt duckt. Denn um die Ecke kommt ein Arbeiter geschossen,

auf dem Buckel ein langes Metallrohr. «Perdón, señora!» ruft er noch. «Bis gleich!» ruft Tattera hinterher. Als Kontrollleurin ist sie einig gewohnt, auch Fluchtversuche, Polizeieinsätze oder gar Randalie. Meistens gehe es aber gesittet zu und her. Wichtig sei eine Kommunikation auf Augenhöhe. «Ich liebe diesen Job!» sagt Tattera. Nicht zuletzt, weil es dabei um Gerechtigkeit gehe.

**SPANISCHE BÜEZER VOLLER LOB** «Das ist Zement, oder?» fragt Tattera jetzt einen Hünen mit zwei Säcken auf dem Buckel. Der versteht aber nichts. Tattera zückt ihr Handy. Die Übersetzungssapp hilft. «Ja, Zement.» Also gilt



AUF BAUSTELLEN-TOUR: Alina Tattera (mit Tablet) und Stefan Pauli (l.) kontrollieren zwei spanische Baubüezer auf der Baustelle eines Ladenlokals an der teuersten Basler Shoppingmeile, der Freien Strasse. FOTO: STEFAN BOHRER

der GAV für das Bauhauptgewerbe. Dann bittet Tattera freundlich um die Ausweise aller Anwesenden. Pauli tippt die Daten in sein Tablet. Die App Baticontrol unterstützt ihn im gesamten Prozess für den Vollzug des Entsendegesetzes. Dieses besagt, dass alle ausländischen Firmen ihr Personal acht Tage vor Einsatz anmelden müssen. Dann werden regionale Kontrollvereine wie die AMKB aktiv. Sie machen sich ein Bild vor Ort und sammeln Aussagen. Scheint etwas krumm, wird an die zuständige paritätische Kommission rapportiert, die dann eine Lohnbuchkontrolle vornimmt. Und Tattera zückt ihr Handy. Die Übersetzungssapp hilft. «Ja, Zement.» Also gilt

der Kanton aktiv. In schweren Fällen kann dieser landesweite Sperren verhängen – gültig für bis zu 5 Jahre. So was will die Baufirma an der Freien Strasse unbedingt vermeiden. Leisten darf sie sich nichts mehr. Und tatsächlich sind alle 20 Spanier korrekt gemeldet. Erst am Vortag sind sie in Basel angekommen, waren zuvor in Holland und England tätig. Der Einsatz am Rheinknie soll nur eine Woche dauern. Darum ist Tempo gefragt. Für Tatteras Befragung wird die Arbeit nur halbherzig unterbrochen. Das stört sie aber nicht, denn die Spanier sind kooperativ. Weil sie all das für gerecht halten?

«Claro que sí!» meint der Capo. «Lohnkontrollen sind ja auch in unserem Interesse!» In Spanien gebe es so was kaum. «Da gibt es nur Löwen!» Er meint das Gesetz des Dschungels. Und wie war das in Holland und England? «Nada.» Nichts. Alle aus seinem weitgereisten Team sind sich einig: Derart genau hingeschaut werde nur in der Schweiz. Doch jetzt macht Kontrollleur Pauli eine ernste Miene. Einige Arbeiter haben angegeben, im Monat 1800 Euro plus eine Entsendezulage zu verdienen. Pauli zweifelt, ob die Zulage wirklich so hoch ausfällt, dass die Schweizer Mindestlöhne erreicht werden. Klarheit wird er aber erst haben, wenn die Paritätische über die Bücher gegangen ist. Das kann dauern. Aber jetzt muss das Kontrollduo sowieso weiter.

**BSSCHISS FÜR «FANTASY»-MESSE** Im Messezentrum wird nämlich die «Fantasy Basel» aufgebaut, ein Gross-event. Und der Messebau, sagt Pauli, sei «eine notorische Problemzone». Weil es keinen GAV gebe und Scheinselbstständigkeit grassiere. Pauli spricht zwei junge Deutsche an, die gerade Bodenvlies verlegen: «Schweizer Firma?» Ja, sagt einer. «Habt ihr eine Entsendemeldung?» Ja, kommt's zurück. Ertappt! Denn beides zusammen kann nicht stimmen. Schnell wird klar: Die beiden sind Angestellte

er aber erst haben, wenn die Paritätische über die Bücher gegangen ist. Das kann dauern. Aber jetzt muss das Kontrollduo sowieso weiter.

# Aufgeflogen dank den Flankierenden: Die irrsten Dumping-Skandale der letzten Jahre

Die SVP will mit ihrer Chaosinitiative auch die flankierenden Massnahmen zum Schweizer Lohnschutz eliminieren. Sieben Beispiele zeigen, was damit künftig im Verborgenen bliebe.

## 1. Roche-Tower 1 (2011/2014)

Beim Bau des damals höchsten Hochhauses der Schweiz decken Kontrollen gleich zwei massive Dumping-Fälle auf. Zuerst zahlt der deutsche Baukonzern Bilfinger Berger unter CDU-Politiker Roland Koch 15 Arbeitern einen viel zu tiefen Stunden- und Spesenansatz. Konsequenz: fast 90 000 Franken Nachzahlungen, eine Konventionalsstrafe von fast 40 000 Franken, Gebühren von 24 000 Franken und 2 Jahre Dienstleistungssperre. Schon drei Jahre später kommt es am Roche-Hauptsitz zum bis dahin grössten Dumpingfall der Schweiz. Ein polnisches Subunternehmen zahlt seinen 30 Fassadenbauern eine halbe Million Franken weniger, als der GAV vorschreibt. In die Bresche springen muss zuletzt der Pharmamulti.



FOTO: VIZ DOKUMENT / AGENTUR

## 2. Durchmesserlinie Zürich (2011)

Alles beginnt mit einem Besuch der Arbeitskontrollstelle Solothurn entdeckt: Für den Bau eines Förderbands zahlen Subunternehmen aus Deutschland, Polen und der Slowakei ihren Monteuren Hungerlöhne. Der tiefste liegt bei 6.90 Franken pro Stunde. Auch mit gefälschten Lohnblättern wird getrickelt. Vergebens. Es hagelt mehrjährige Sperren, Hunderttausende Lohnfranken müssen nachgezahlt werden, für einen Teil davon kommt die Post auf.



## 3. Postpaketzentrum Härkingen (2013)

Beim Umbau des noblen Bally-Hauses an der Zürcher Bahnhofstrasse verweigert ein Subunternehmen die Kontrolle. Dann fliegt alles auf: 50 Bauarbeiter werden zu 900 bis 2000 Euro ausbeutet. Die Bauherrin ist die Fast-Fashion-Kette Zara von Multimilliardär Amancio Ortega. Die Unia schliesst den Tatort und setzt die Nachzahlung von über 1,6 Millionen Euro durch.



## 4. Zara Bahnhofstrasse (2014)

Entsendekontrolle im Ceneri-Tunnel: 170 italienische Arbeiter verlegen Gleise zum Schleuderpreis. Im Auftrag der SBB-Tochter Alptransit. Auf dem Papier ist ihr Lohn sauber, real müssen sie Ende Monat einen Teil des Zahltags abheben und zurückgeben. Die Tessiner Staatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren – und stellt es 2024 ein. Die Unia verhilft ihren Mitgliedern dennoch zum Recht: 390 000 Franken fliessen als Schadenersatz. In Mailand ermittelt derweil die Anti-Mafia-Behörde. Ihr Vorwurf: Der Dumpingkonzern beherrsche den Gleisbau Italiens monopolartig und habe diesen mit Hilfe der kalabrischen 'Ndrangheta unterwandert.



## 5. Mafüs im Generi (2017)

2 Franken und 16 Rappen. So «viel» verdiente ein 50jähriger polnischer Metallbauer pro Stunde. Aber nicht etwa in seiner Heimat, sondern in Pratteln BL. Dort demonstrierte er mit 130 Kollegen die Produktionsanlage der konkursgegangenen Chemiefabrik Rohner. Eine Entsendekontrolle ermittelte Durchschnittslöhne von 9 Franken und eine Deliktsumme von 738 000 Franken. Die Wirtschaftskammer Baselnd sprach vom «grössten Skandal der letzten 20 Jahre» und von «Betrug» am lokalen Gewerbe.

## 6. Fabrikrückbau zum Zweifränklerlohn (2021)

Jeff Bezos' Amazon ist Grossmieterin im aargauischen Lupfig – konkret im Datacenter von Green, der ehemaligen Firma von SVP-Nationalrat Franz Grütter. Für Elektroarbeiten heuert der US-Konzern Stromer aus Kroatien, Irland oder Grossbritannien an, darunter etliche Scheinselbständige. Vier Rumänen werden binnen weniger Wochen um 175 000 Franken geprellt. Dank einer Entsendekontrolle fliegt die Bschiss-Bude auf. Und dank der drohenden Sperre zahlt sie 2025 alle Löhne nach – zudem eine Konventionalsstrafe, wie sie im Aargauer Elektrogewerbe in dieser Höhe noch nicht gegeben hat: 75 000 Franken.





ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

## Laura und die Narben

Die Werte der SVP sind für mich rassistisch, faschistisch, kapitalistisch, absurd, verwirrend und unmenschlich. Alle diese Merkmale weist ihre «Nachhaltigkeitsinitiative» klar auf, über die wir am 14. Juni abstimmen werden. Für mich ist nicht nachvollziehbar, wie Menschen andere



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

Menschen ausschliessen können. Ständig werden Herkunft, Geschlecht, Kultur und Religion für Hass und Angstmacherei instrumentalisiert.

**HASS.** Meine Empörung teilte ich kürzlich meinem Vater mit, und wir sprachen über die Initiative. Er sagte ernst: «Das ist nicht das erste Mal und wird nicht das letzte Mal sein, dass die Bürgerlichen uns loswerden möchten. Kennst du Schwarzenbach? Der wollte uns damals auch nicht hier haben.» James Eduard Schwarzenbach war Ende der 1960er und 1970er Jahre ein rechtspopulistischer Politiker im Nationalrat und wollte mit der Schwarzenbach-Initiative die Schweiz vor «Überfremdung» schützen. Wäre die Initiative angenommen worden, hätten bis zu 400'000 Menschen ausgewiesen werden müssen. Mein Vater kam in den 1960er Jahren ohne Geld, ohne Ausbildung und ohne Deutschkenntnisse aus Spanien hierher und arbeitete zuerst als Küchenhilfe. Er kam aus einem Land, das heute nicht mehr existiert. Dort herrschten Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung. Der Faschismus war an der Macht. Es war das Spanien unter Franco.

**UND WIEDER HASS.** Mein Vater war auch in der Schweiz ständig mit Hass konfrontiert und arbeitete doppelt so hart, um nicht die Arbeit zu verlieren, und er hatte lange Angst, dass er seine neue Heimat verlassen müsste. Mein Papi ist mittlerweile fast sechzig Jahre hier, Spanien hat sich zu einem demokratischen Rechtsstaat verändert, und auch die Schweiz hat einen Wandel hinter sich. «Die Schweiz, wie du sie jetzt kennst, gab es damals nicht. Wir haben die Schweiz mitaufgebaut. Damals gab es nichts! Zum Beispiel: Wer hat die Gotthardröhre gebaut? Das waren allesamt Migranten, viele Italiener, und viele sind gestorben! Und immer und überall hörte ich ausländerfeindliche Bemerkungen. Weisst du, dass mal ein neuer Arbeitskollege mit mir nicht arbeiten wollte? Er sagte mir, von Ausländern lasse er sich nichts sagen», erzählte er wütend. Ja, diese Erfahrungen hinterlassen Narben, die lebenslang bleiben.

Ich frage mich, was ich meinem Sohn in zwanzig Jahren erzählen werde. Wie werden Spitäler, Alterszentren, die Gastronomie, der Bau und der Detailhandel dann funktionieren? Das entscheiden wir am 14. Juni.

Die Klimabewegung meldet sich zurück

# «Dieses Ablenkungsmanöver löst kein einziges Umweltproblem»

Die SVP hat ihrer Initiative den trügerischen Namen «Nachhaltigkeitsinitiative» gegeben. Gegen die Fremdenfeindlichkeit im grünen Gewand wehrt sich auch Klimastreik. Am 22. Mai wird in Bern gegen die SVP-Initiative und für Klimagerechtigkeit demonstriert.

IWAN SCHAUWECKER

Obwohl die SVP mit Bundesrat Röstli konsequent für mehr Autobahnen, Atomkraftwerke und Pestizide einsteht, inszeniert sich die Partei mit der sogenannten «Nachhaltigkeitsinitiative» als Bewahrerin und Beschützerin der Umwelt. Innere Widersprüche sind offenbar kein Problem für die Rechtsausenspartei. Mit der grünen Rhetorik will sie insbesondere in wachstumskritischen Kreisen Stimmen holen. Die erste Umfrage von Tamedia prognostizierte bei Wählerinnen und Wählern der Grünen und Grünliberalen einen Ja-Stimmen-Anteil von 19 Prozent, bei SP-Wählern immerhin noch 13 Prozent.

## ANTWORT DER KLIMABEWEGUNG

Voll gegen den Strich geht dies den jungen Menschen beim Klimastreik. Moritz Wülser (18) und Jael Seiler (17) waren noch in der Primarschule, als 2018 die ersten Klimastreiks stattfanden. Wülser ist seit 2022 aktiv in der Klimabewegung, Seiler ist vor einem Jahr dazugekommen. Im Moment sind die beiden mit den Vorbereitungen der Demo am Freitag vor Pfingsten beschäftigt. Zusammen mit weiteren Organisationen, unter anderem der Unia Bern, wollen sie auf dem Bundesplatz ein Zeichen gegen die Abschottung und die irreführende Politik der SVP setzen. Seiler sagt: «Die SVP arbeitet mit den Ängsten der Bevölkerung. Als Klimabewegung können wir das nicht unbeantwortet lassen. Wir wollen aufzeigen, dass dies ein Ablenkungsmanöver ist und kein einziges Umweltproblem lösen wird.»

## NICHT STIMMBERECHTIG, ABER BETROFFEN

Auch bei Wülser löst die Initiative grosses Unbehagen aus, sie stehe beispielhaft für



DER KLIMASTREIK SAGT NEIN ZUR SVP, weil ihre Politik das Klima aufheizt. FOTO: KEYSTONE

alles, was in der Politik schief läuft: «Die Klimakrise ist eine der grössten Sorgen der Menschen in der Schweiz. Hier die Verbindung mit dem Thema Migration zu machen, ist schon sehr fragwürdig.» Vor allem auch, weil

**«Bei der Klimakrise die Verbindung zur Migration zu machen, ist sehr fragwürdig.»**

MORITZ WÜLSER, KLIMA-AKTIVIST

es um Probleme gehe, welche die SVP mitverursache. Wülser sagt: «Die Politik der SVP und die Geschäfte von Schweizer Konzernen heizen die Klimakrise immer weiter an, was im globalen Süden auch immer mehr Menschen zur Flucht zwingt.» Für Seiler bedeutet Klimagerechtigkeit, dass die Schweiz auch Verantwortung für die Geflüchteten übernimmt: «Die Klimakrise ist heute ein Fluchtgrund, und wir müssen dies in der

## Klimastreik: Demo am 22. Mai in Bern

Der Klimastreik kämpft mit der Demo gegen die SVP-Initiative und fordert mehr Geld für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für eine nachhaltige Energiewende sowie einen grundlegenden Wandel unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen: Weg von einem wachstumsbasierten Wirtschaftssystem, hin zu einer klimagerechten Welt. Die bewilligte Demo findet am Freitag, 22. Mai, ab 18 Uhr auf dem Bundesplatz statt.

Schweiz anerkennen.» Seiler kann als 17-jährige selber noch nicht abstimmen. Sie sagt: «Alle, die abstimmen können, sollten dieses Privileg nutzen.» Es gehe um eine grundlegende Entscheidung, von der junge Menschen wie sie besonders stark betroffen seien.

## Jugendallianz macht mobil – für eine chancenreiche Zukunft (Fast) alle Jungen gegen die SVP

Eine breite Allianz aus Jugendorganisationen und Jungparteien kämpft gegen die Chaosinitiative. Nur der Jungfreisinn tut sich schwer.

IWAN SCHAUWECKER

Personenfreizügigkeit futsch, Wiedereinführung des Saisonierstatuts, unterfinanzierte Sozialwerke und eine gesplante Gesellschaft. Diese Schweiz ist auch der jungen Generation ein Graus. Deshalb kämpfen Juso, Junge Grünliberale, Junge Mitte, Junge Grüne, Junge EVP mit dem Dachverband der Schweizer Jugendverbände (SAJV), der SGB-Jugendkommission und dem Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) gemeinsam gegen die SVP-Chaosinitiative.

**«Die Initiative setzt unsere Zukunftschancen aufs Spiel.»**

LEONA ECKERT, JUNGE EVP

ve. Im work-Video sagt Leona Eckert (20), Co-Präsidentin der Jungen EVP Schweiz: «Die Initiative setzt bewährte Abkommen wie die Personenfreizügigkeit leichtsinnig aufs Spiel, gefährdet die Beziehungen zur EU und setzt damit die Zukunftschancen der Jungen aufs Spiel.»

## STUDIERN UND ARBEITEN IN EUROPA

Die Jugendallianz will eine Zukunft, in der sich junge Menschen frei bewegen und ihr Leben selber gestalten können. Gerade auch jüngere Menschen sollen studieren und arbeiten können, wo sie möchten – und dies unter fairen Bedingungen.



IN DER SACHE VEREINT: Vertreterinnen von Jungparteien und Jugendverbänden engagieren sich gemeinsam. FOTO: JUN

Die Personenfreizügigkeit, Austauschprogramme wie Erasmus und die gegenseitige Anerkennung von Diplomen machen dies möglich. Offenheit, Austausch und Vielfalt sind für die Jugendallianz Grundvoraussetzungen für eine chancenreiche Zukunft.

## KEIN SAISONIERSTATUT MEHR

Auch Unia-Jugendsekretärin Félicia Fasel (27) ist beim work-Video dabei: «Die Initiative gefährdet unsere Zukunft, schränkt unsere Chancen ein, schwächt den Schutz unserer Löhne und stellt grundlegende Rechte in Frage, die wir für selbstverständlich hielten.» Die Geschichte zeige, wohin

dies führe: Unter dem Saisonierstatut durften ausländische Arbeitskräfte nur temporär und unter prekären Bedingungen in der Schweiz bleiben. Ihre Familien hatten kein Aufenthaltsrecht, was dazu führte, dass viele Kinder

**«Solche unwürdigen Zustände dürfen sich nicht wiederholen.»**

JUGENDALLIANZ

vor den Behörden versteckt wurden und nicht zur Schule gehen konnten. Die Allianz schreibt: «Jüngere Generationen haben diese Realität nicht miterlebt – und wir setzen uns dafür ein, dass sich solche unwürdigen Zustände nie mehr wiederholen.»

## JUNGFREISINN AUSSEN VOR

Klingt schlüssig – aber nicht für den Jungfreisinn. Der FDP-Nachwuchs bleibt der Allianz nämlich fern, obwohl er offiziell die Nein-Parole vertritt. Dazu Präsident Jonas Lüthy (23): «Junge Allianzen sind dann sinnvoll, wenn sich aus einer Vorlage eine besondere Betroffenheit der jungen Generation ergibt.» Bei der Chaosinitiative sei das nicht ersichtlich. «Sie hätte insgesamt verheerende Konsequenzen.» Also bloss eine Frage der Taktik? Oder ist man sich nicht doch etwas zu bequem, zumal die Zürcher Sektion Stimmfreigabe beschlossen hat und jene aus Schwyz sogar für ein Ja wirbt? Lüthy verneint. Auf nationaler Ebene sei die Parolenfassung sehr deutlich ausgefallen. Und für den Schlusspunkt werde man sich noch ordentlich ins Zeug legen. Man darf also gespannt sein!

# Sanitärinstallateur Carlos da Silva ist Sohn eines Saisonniers «Wenn Vater abreiste, kehrte die Leere zurück»

Die Kindheit von Sanitärinstallateur Carlos da Silva (48) war geprägt vom Warten auf den Vater. Dieser war von Portugal in die Schweiz gezogen, um hier als Maurer zu arbeiten. Doch das damals geltende Saisonnierstatut verwehrte ausländischen Arbeitskräften grundlegende Rechte, darunter auch den Familiennachzug. In diesen Wochen engagiert sich da Silva im Abstimmungskampf gegen die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!», die das Land in die düsteren Zeiten dieses Statuts zurückwerfen würde, das Missbrauch und Diskriminierung förderte und Familien auseinanderriss.

«Ich wünsche mir, dass kein Mädchen und kein Junge jemals wieder in der ständigen Erwartung leben muss, den Vater oder die Mutter wiederzusehen, nur wegen eines Gesetzes, das Familien daran hindert, zusammenzuleben. Und allein der Gedanke, dass man zu einer solchen Situation zurückkehren könnte, macht mir Angst, weil er mich zurück in eine Vergangenheit versetzt, die ich selbst erlebt habe und die mich tief geprägt hat.

Mein Vater wanderte von Portugal in die Schweiz aus, um eine bessere Zukunft zu suchen – auch für uns Kinder. Ich war damals zwei Jahre alt. Wir waren eine fünfköpfige Familie: mein Vater, meine Mutter, meine Schwester, mein Bruder und ich. Aber als Saisonnier durfte er eigentlich nur arbeiten. Der Kontakt zu uns beschränkte sich auf gelegentliche Telefonate und einige Briefe.

**WELT DES WARTENS.** Anfangs nahm man die Distanz fast als selbstverständlich hin, weil man in eine Routine hineinwächst, in der es beinahe normal erscheint, den Vater nicht bei sich zu haben. Doch je

**«Ich wünsche mir, dass nie wieder ein Kind ohne Eltern aufwachsen muss.»**

auf den August, wenn Papa für 15 Tage Ferien nach Portugal zurückkehrte; dann das Warten auf Dezember, also auf das Ende der Arbeits-saison in der Schweiz, wenn er für drei Monate nach Hause kam. Danach wieder Warten auf August und Dezember – und so weiter.

Und irgendwann merkt man, wie viel man verloren hat und wie viele Momente einem genommen wurden, die man mit dem

Vater hätte erleben können. Selbst die einfachsten Dinge, wie eine Hundehütte zu bauen oder den Vatertag oder Geburtstage zu feiern, wie es andere Kinder taten. Mein Bruder, meine Schwester und ich lebten stattdessen in der ständigen Erwartung eines Briefs oder eines Anrufs von ihm.

Dann gab es diese Wochen unermesslicher Freude, wenn seine Rückkehr nach Portugal näherrückte. Doch sobald er wieder abreiste, kehrte die Leere ins Haus zurück. Wenn ich meiner Mutter in die Augen sah, merkte ich,

**GEPRÄGT: Búezer Carlos da Silva kämpft gegen die SVP-Initiative, weil er nicht will, dass sich seine eigene Geschichte wiederholt.**

FOTO: ZVG

wie sehr auch sie darunter litt, allein mit drei Kindern zurückzubleiben. Auch wenn sie stark blieb.

**NUR EIN TRAUM.** Die SVP-Initiative wirft mich zurück in diese schlimme Vergangenheit, die mich tief geprägt hat. Vor allem auch deshalb, weil mein Vater vor etwa anderthalb Jahren gestorben ist. Ich habe in meinem ganzen Leben höchstens zehn Jahre mit ihm unter einem Dach gelebt. In meiner Kindheit war die Vaterfigur

nur ein Traum, den ich in den Ferien erleben durfte.

Erst Anfang der 1990er Jahre, als ich 13 Jahre alt war, durften wir zu ihm in die Schweiz ziehen, weil er die Jahresaufenthaltsbewilligung und damit das Recht auf Familiennachzug erhalten hatte.

Doch nach etwa zehn Jahren wiedergewonnener Normalität zerbrach dieses Gleichgewicht erneut: Mein Vater musste seinen Beruf als Maurer wegen einer Zementallergie aufgeben. Just in dem Moment, als ich meine Lehre abschloss, befanden wir uns in einer gleichen und doch umgekehrten Situation: Ich war zu jung, um Arbeit zu finden, und er, mit etwa 40 Jahren, galt als zu alt.

Er arbeitete dann als Taxifahrer, und ich schaffte den Einstieg in die Arbeitswelt. Und trat in die Gewerkschaft ein (damals noch die GBI), bei der mein Vater seit jeher Mitglied gewesen war und bei der er mich selbst zu meinem 18. Geburtstag anmeldete.

Er war jemand, der Ungerechtigkeiten nicht ertragen konnte und immer versuchte, schwächeren oder in Schwierigkeiten geratenen Menschen zu helfen. Uns Kindern hat er immer beigebracht, dasselbe zu tun.

**VERSTECKEN.** Das Gespenst einer Rückkehr zum Saisonnierstatut, das diese Initiative mit sich bringen würde, treibt mich an, mich im Abstimmungskampf zu engagieren.

Ich wünsche mir, dass nie wieder ein Kind ohne Vater oder ohne Mutter aufwachsen muss. Es erscheint mir als Pflicht gegenüber all dem, was wir Kinder von Saisonniers erlebt haben. Es ist grundlegend, zu erzählen und bekanntzumachen, was dieses Statut bedeutete. Ich spreche auch mit meinen jüngeren Arbeitskollegen, die zum Beispiel die Geschichte der Kinder von Saisonniers nicht kennen: Kinder, die wegen des Verbots des Familiennachzugs gezwungen waren, illegal in der Schweiz zu leben, versteckt in Schränken oder Kellern und zu absolutem Schweigen gezwungen, um nicht ausgewiesen zu werden. Ich bin Vater von zwei wunderbaren Töchtern im Alter von 16 und 18 Jahren. Ich engagiere mich auch für sie. Deshalb habe ich sie kürzlich an die von der Unia in Bern organisierte Migrationskonferenz mitgenommen. Dort konnten sie meine Geschichte und die anderer Kinder von Saisonniers hören. Denn auch wenn sie die Töchter einer Schweizerin und eines schweizerisch-portugiesischen Vaters sind, ist es richtig, dass sie auch diesen Teil ihrer Wurzeln kennen.»

CLAUDIO CARRER UND ANNE-SOPHIE ZBINDEN



## Jetzt unterzeichnen: Saisonnier-Kinder sagen Nein zur SVP-Initiative

Zwischen 1931 und 2002 wurden Arbeitskräfte aus dem Ausland als sogenannte Saisonniers in die Schweiz geholt. Sie waren gezwungen, ihre Kinder zu verlassen. Viele der Kinder wuchsen bei ihren Grosseltern oder in Heimen auf. Heute droht eine Rückkehr in genau diese Zeit. Unter dem Deckmantel der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» will die SVP zentrale Rechte von Arbeitskräften abbauen – und will dabei skandalöserweise die Rückkehr des Saisonnierstatuts mit rechtlosen Arbeiterinnen und Arbeitern. Kinder von Saisonniers wissen aus eigener Erfahrung, welche Wunden das alte Saisonnierstatut hinterlassen hat. Und sagen deshalb entschieden:

- Nein zur Rückkehr eines Saisonnierstatuts mit Arbeiterinnen und Arbeitern ohne Rechte
- Nein dazu, dass die Kinder über Monate von ihren Eltern getrennt werden
- Nein zur extremen SVP-Initiative am 14. Juni

Kinder von Saisonniers sind aufgerufen, den Appell zu unterschreiben, unter diesem Link: [rebrand.ly/saisonnier-kinder](https://rebrand.ly/saisonnier-kinder)

work zeigt Punkt für Punkt auf, wie dreist die Sünneli-Partei die Schweizer Bevölkerung hinters Licht führt

# Der grosse Faktencheck zur Abstimmung vom 14. Juni

Die SVP verspricht: weniger Ausländer, mehr Wohlstand für alle. Das Gegenteil ist wahr. Wer Ja zur «Nachhaltigkeitsinitiative» stimmt, stimmt für tiefere Löhne, tiefere Renten, höhere Krankenkassenprämien und mindestens so teure Mieten wie heute. Die Initiative will nicht weniger Menschen in der Schweiz, sie will mehr Menschen mit weniger Rechten. Rechtlose Arbeitende aber drücken (unfreiwillig) die Löhne aller Beschäftigten nach unten.

## Nicht mehr und keine günstigeren Wohnungen

Gegenwärtig leben knapp 2,5 Millionen Menschen ohne Schweizer Pass in der Schweiz. Schweizer Haushalte verfügen im Schnitt über 44 bis 48 Quadratmeter Wohnraum pro Person. Bei migrantisches Haushalten sind es 32 bis 36 Quadratmeter, bei Familien mit Kindern teilweise noch weniger. Gleichzeitig zahlen Menschen mit Migrationshintergrund pro Quadratmeter rund 10 Prozent mehr Miete. Die Behauptung der Initiantinnen und Initianten, wegen der Zuwanderung gebe es keine freien Wohnungen mehr, ist frei erfunden. In den 20 Jahren vor der Personenfreizügigkeit standen im Schnitt deutlich weniger Wohnungen leer als in den letzten 20 Jahren.

**ILLEGAL.** Im Jahr 2001, dem letzten Jahr vor der Personenfreizügigkeit, standen in der Schweiz rund 36 000 Wohnungen leer. 2025 waren es mit 37 000 praktisch gleich viele. 2020 lag die Zahl leerer Mietwohnungen sogar bei rekordhohen 67 000. Trotzdem wurden die Mieten laufend teurer. Der Hauptgrund: Immobilienkonzerne kassieren gesetzeswidrig zu viel Miete. Im Jahr über 10 Milliarden. Daran ändert die Initiative nichts. Darum ist auch der Mieterinnen- und Mieterverband dagegen.

**Mehr lesen:** [rebrand.ly/mieten-schweiz](https://rebrand.ly/mieten-schweiz)  
**Quellen:** <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/wohnungen/wohnverhaeltnisse/flaechenverbrauch.html>  
**Bass-Studie:** <https://www.mieterverband.ch/politik-positionen/>  
<https://miet-chaos-nein.ch/downloads/10-mio-ch-nein/argumentarium2/>

## Höhere Krankenkassenprämien

Die explodierenden Krankenkassenprämien sind eine der grössten Sorgen von Lohnabhängigen, Rentnerinnen und Rentnern im Land. Für die SVP sind daran auch «die Ausländer» schuld. Doch gerade hier ist der Widerspruch zwischen SVP-Propaganda und Wirklichkeit besonders gross. Bei einem Ja zur «Nachhaltigkeitsinitiative» würden die Prämien sogar noch stärker steigen als bisher. Und zwar gleich wegen mehrerer Faktoren.

**FEHLENDES GELD.** Versicherte im berufstätigen Alter zahlen im Schnitt pro Jahr 2000 bis 3000 Franken mehr ein, als sie beziehen. Sie stabilisieren das System. Und Menschen ohne Schweizer Pass kosten die Krankenkassen nicht mehr, sondern weniger als Schweizerinnen und Schweizer. Im Schnitt jährlich rund 1000 Franken. Das hat der Bundesrat dem polemisierenden SVP-Nationalrat Thomas Aeschi bereits vorge-rechnet. Wenn genau diese Gruppe kleiner wird, fehlt Geld: Die Prämien steigen nach vorsichtigen Schätzungen um rund 250 Franken pro Jahr.

**Mehr lesen:** [rebrand.ly/prämien-lüge](https://rebrand.ly/prämien-lüge)  
[rebrand.ly/raubzug](https://rebrand.ly/raubzug)  
**Quellen:** <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesund-heit/kosten-finanzierung.assetdetail.36020088.html>

## Tiefere Löhne für (fast) alle

Die Chaosinitiative will die Personenfreizügigkeit kündigen und damit die flankierenden Massnahmen (FlaM) zum Lohnschutz abschaffen. Das ist das erklärte Ziel der SVP. Weil die flankierenden Massnahmen zwar nicht perfekt sind, aber die Löhne in der Schweiz schützen. Die FlaM sind keine Symbolpolitik, sie sind wirksam: Tripartite Kommissionen und paritätische Vollzugsorgane überprüfen jährlich bei Zehntausenden Betrieben und Arbeitenden, ob korrekte Löhne bezahlt werden und das Arbeitsgesetz eingehalten wird. Kontrolliert werden Entsendete aus EU-Ländern ebenso wie Angestellte von Schweizer Firmen in besonders lohnsensiblen Branchen wie Bau, Gastgewerbe und Reinigung.

**DORN IM AUGE.** Bei rund einem Fünftel der kontrollierten Entsendebetriebe fallen Verstösse auf. Löhne müssen nachgezahlt werden. Das stört die SVP enorm. Und sie steht offen dazu, dass sie den Lohnschutz schleifen will. Denn sie will nicht weniger Menschen in der Schweiz, sondern mehr Menschen mit weniger Rechten. Die Initiative ist so formuliert, dass faktisch unbeschränkt Menschen in der Schweiz leben können, solange sie kein Recht haben, länger als 12 Monate zu bleiben. Rechtlose Arbeiterinnen und Arbeiter drücken (unfreiwillig) auch die Löhne von allen in der Schweiz arbeitenden Menschen. Die SVP nimmt das nicht nur in Kauf, sie will das ausdrücklich. Es steht im Parteiprogramm.

**Mehr lesen:** [rebrand.ly/kein-lohnschutz](https://rebrand.ly/kein-lohnschutz)  
**Quellen:** [https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Publikationen\\_Dienstleistungen/Publikationen\\_und\\_Formulare/Arbeit/Personenfreizue-gigkeit\\_und\\_Arbeitsbeziehungen/observatoriumsberichte/21\\_observator-iumsbericht\\_zum\\_fza.html](https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_und_Formulare/Arbeit/Personenfreizue-gigkeit_und_Arbeitsbeziehungen/observatoriumsberichte/21_observator-iumsbericht_zum_fza.html)  
[https://www.svp.ch/wp-content/uploads/230726\\_Parteiprogramm.pdf](https://www.svp.ch/wp-content/uploads/230726_Parteiprogramm.pdf)

## Das Märchen von der Steuerung

Die Zuwanderung «eigenständig steuer» ist ein Evergreen der bürgerlichen Migrationspolitik. Es gibt verschiedene Modelle, die auch jetzt wieder in den bürgerlichen Medien Hochkonjunktur haben. Sie haben zwei Gemeinsamkeiten: Sie funktionieren nicht. Und sie schaden den Löhnen der Einheimischen. Im Punktesystem müssen hochqualifizierte Zuwandernde oft niedrigqualifizierte Jobs annehmen. Das drückt die Löhne für alle. Eine Zuwanderungsgebühr bremst die Zuwanderung nicht (was ihre Fans angeblich wollen). Dafür fördert sie Schwarzarbeit und drückt die Löhne aller Arbeitnehmenden. Kontingente haben die Zuwanderung nie beschränkt. Entweder werden sie auf Druck der Arbeitgeber angepasst und/oder sie fördern die Schwarzarbeit.

**AUSBEUTUNG.** Eine besonders zynische und menschenverachtende Form von Kontingentpolitik war das Saisonarbeitsstatut. Es ermöglichte systematische Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus dem Ausland. Und es drückte die Löhne der einheimischen Lohnabhängigen. Es ist ein Schandfleck der Schweizer Geschichte. Ein Schandfleck, zu dem die SVP zurückwill. Darum bekämpft sie die Personenfreizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen. Denn diese schützen den Grundsatz «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz».

**Mehr lesen:** [rebrand.ly/migration-steuern](https://rebrand.ly/migration-steuern)  
[rebrand.ly/fremdenhass](https://rebrand.ly/fremdenhass)  
**Quellen:** [https://www.sgb.ch/fileadmin/redaktion/docs/dossiers/166d\\_DL\\_Migrationssysteme.pdf](https://www.sgb.ch/fileadmin/redaktion/docs/dossiers/166d_DL_Migrationssysteme.pdf)  
[https://www.svp.ch/wp-content/uploads/230726\\_Parteiprogramm.pdf](https://www.svp.ch/wp-content/uploads/230726_Parteiprogramm.pdf)  
[https://assets01.sdd1.ch/assets/lbwp-cdn/workzeitung/files/1567001104/broschüre\\_baracken\\_d\\_rz\\_2010.pdf](https://assets01.sdd1.ch/assets/lbwp-cdn/workzeitung/files/1567001104/broschüre_baracken_d_rz_2010.pdf)



## Die echten Probleme und wie man sie wirklich löst

**Explodierende Wohnkosten, sinkende Kaufkraft, steigende Krankenkassenprämien sind alles Probleme, die den Menschen zu schaffen machen. Und es sind alles Probleme, die von der SVP-Politik (mit)verursacht werden. Keines davon wird bei einem Ja zur Chaosinitiative gelöst. Im Gegenteil. Die Massnahmen, die der Mehrheit im Land wirklich helfen würden, werden von der SVP aktiv bekämpft. Ein paar Beispiele.**

### 1. Hohe Mieten und Verdrängung aus den Städten

Die SVP ist die am meisten mit den Immobilien-Haien verbandelte Partei. Sie bekämpft alles, was gegen Miet-Abzocke wirklich hilft:

- endlich das Mietrecht durchsetzen
- mehr gemeinnütziger Wohnungen
- Leerkündigungsbeschränkungen

### 2. Explodierende Krankenkassenprämien

In keinem Industrieland müssen die Menschen mehr von ihren Gesundheitskosten aus dem eigenen Sack bezahlen. Die SVP bekämpft alles, was dagegen wirklich hilft:

- mehr Prämienverbilligungen
- einkommensabhängige Prämien
- eine öffentliche Krankenkasse

### 3. «Verstopfte Züge»

Grundsätzlich ist der ÖV nur zu Spitzenzeiten überlastet. Darum heissen sie Spitzenzeiten. Aber das ÖV-Angebot ist in vielen Regionen ungenügend. Die SVP bekämpft alle Verbesserungen.

- besseres ÖV-Angebot in den ländlichen Gebieten
- günstigere Ticketpreise

### 4. «Zubetonierte Landschaft», «zerstörte Natur»

Die SVP tut so, als sei sie plötzlich umweltfreundlich geworden. Dabei bekämpft sie alles, was dem Schutz der Umwelt dient. Zum Beispiel:

- Raumplanung im Dienst der Menschen statt der Spekulanten
- ökologische Vorschriften für die Landwirtschaft
- Massnahmen zum Landschaftsschutz und gegen Zersiedelung

### 5. Lohndruck und Kaufkraftverlust

Die SVP tut so, als wolle sie höhere Löhne für die Arbeitenden. Dabei will sie das Gegenteil. Das steht sogar in ihrem Parteiprogramm. Sie ist gegen:

- Löhne für 100-Prozent-Jobs, die zum Leben reichen
- Massnahmen zum Lohnschutz
- Kontrollen zur Durchsetzung des Arbeitsgesetzes

## Initiative macht uns zum Asyl-Drittstaat

Die SVP schürt seit Jahrzehnten Hass auf geflüchtete Menschen. Auch im Rahmen der 10-Millionen-Initiative wieder, auch wenn sie auf den Plakaten von «Nachhaltigkeit» spricht. SVP-Vertreterinnen und -Vertreter sprechen von «Asylan-tenflut» und «Asylchaos». Nichts könnte falscher sein. Schon nur deswegen, weil in den Jahren 2014 und 2023 Asylsuchende nur rund 8 Prozent der Zuwan-derung in der Schweiz ausmachten. Zusammen mit den aus dem Krieg in der Ukraine geflohenen Menschen mit Schutzstatus machen anerkannte Kriegsflüchtlinge lediglich etwa 2,5 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung aus. Für alle Probleme, die die SVP mit ihrer Initiative angeblich «lösen» will, spielen sie schlicht keine Rolle. Trotzdem schürt die SVP gezielt fremdenfeindliche Stimmung und hetzt gegen Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen mussten.

**BENACHTEILIGT.** Ein Ja zur Initiative würde die Schweiz faktisch dazu zwingen, aus zentralen internationalen Abkommen wie der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Genfer Flüchtlingskonvention und der Uno-Kinderrechtskonvention auszutreten. Das mag alles im Sinn der SVP-Anhänger sein. Aber wohl kaum das Ende des Schengen/Dublin-Abkommens. Mit dem Wegfall des Dublin-Systems würde die Schweiz im Asylbereich faktisch zum Drittstaat an der EU-Aussengrenze. Das bedeutet: Die Schweiz müsste künftig alle Asylgesuche selbst bearbeiten und könnte keine Personen mehr in andere europäische Staaten zurückführen. Und: Die Schweizer Polizei wird von den europäischen Fahndungs- und Informationssystemen ausgeschlossen.

**Mehr lesen:** [rebrand.ly/migration-schweiz](https://rebrand.ly/migration-schweiz)  
**Quellen:** [https://www.fluechtlingshilfe.ch/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Argumentarien/SFH-Argumentarium-gegen-NHI\\_DE\\_250512-1.pdf](https://www.fluechtlingshilfe.ch/fileadmin/user_upload/Publikationen/Argumentarien/SFH-Argumentarium-gegen-NHI_DE_250512-1.pdf)  
[https://www.vspb.org/content/docs/004%20Für%20Medien/1%20Medienmitteilungen/2026/DE\\_Volksinitiative%20Keine%2010-Millionen-Schweiz.pdf](https://www.vspb.org/content/docs/004%20Für%20Medien/1%20Medienmitteilungen/2026/DE_Volksinitiative%20Keine%2010-Millionen-Schweiz.pdf)

## Rasche Überalterung

Die Geburten gehen zurück. Gegenwärtig bekommt jede Frau im Durchschnitt noch 1,29 Kinder. So tief lag die Geburtenrate noch nie, seit die Geburtenzahlen erfasst werden. Die magische Zahl lautet daher 2,1. Das ist die sogenannte Ersatzquote für Länder mit niedriger Kindersterblichkeit. Alles darunter bedeutet: Die Population schrumpft – sofern niemand von draussen dazustösst. Unter einem 10-Millionen-Deckel überaltert die Schweiz rasch. Die Folgen: Immer weniger erwerbsfähige Menschen sollten sich um Kinder, Pflegebedürftige und Alte kümmern: finanziell, tatkräftig und emotional. Weil ein starrer Bevölkerungsdeckel eine ganz dumme Idee ist, gibt es eine solche auch auf der ganzen Welt nirgendwo.

**HINTERTÜR.** Es ist völlig klar, dass so etwas auch in der Schweiz nicht funktionieren würde. Das glaubt auch die SVP nicht wirklich. Darum hat sie nicht nur ein Hintertürchen eingebaut, sondern gleich ein riesiges Hintertor. Durch dieses kann sie den Schweizer Unternehmern mehr oder weniger rechtlose Arbeitende zur Verfügung stellen. Wenn solche überhaupt noch kommen wollen. Denn mit wenigen Ausnahmen sind alle Weltgegenden in den kommenden Jahren von einem Bevölkerungsschwund betroffen und brauchen ihre immer weniger Jungen selber.

**Mehr lesen:** [rebrand.ly/bevolkerungsdeckel](https://rebrand.ly/bevolkerungsdeckel)  
**Quellen:** <https://cms.news.admin.ch/dam/de/der-schweizerische-bundesrat/WFLqR5QXrWi/studie-demografik-10-millionen-d.pdf>  
<https://cms.news.admin.ch/dam/de/der-schweizerische-bundesrat/d6TbdCddQ0Zz/Bericht+des+Bundesrates++Demografische+Entwicklungen+der+Schweiz.pdf>

## Tiefere Renten

Auch die Altersvorsorge gerät bei einer Annahme der SVP-Initiative heftig unter Druck. Bei den Pensionskassenrenten drohen Einbussen von über 2000 Franken pro Jahr. Der Grund: Fällt die Personenfreizügigkeit weg, altert die Versichertenbasis schneller. Eine Kasse mit einem höheren Anteil Rentnerinnen und Rentner muss konservativer anlegen, die Rendite sinkt. Hinzu kommt, dass wirtschaftliche Abschottung die Lebenshaltungskosten erhöht und die Renten real entwertet. Bei der AHV ist die Logik dieselbe.

**LÄNGER ARBEITEN.** Wer einwandert, ist in der Regel jung und erwerbstätig. Zugewanderte zahlen mehr in die AHV, als sie beziehen. Seite Jahren und auch in Zukunft. Diese Beiträge stabilisieren heute die erste Säule. Fehlen sie, klappt eine Finanzierungslücke in Milliardenhöhe. Die Konsequenz: höhere AHV-Beiträge. Druck auf die Renten. Druck auf das Rentenalter. SVP-Vertreter sagen offen, dass sie das Rentenalter auf 67 Jahre und mehr anheben wollen. Für weniger Rente.

**Mehr lesen:** [rebrand.ly/tiefere-renten](https://rebrand.ly/tiefere-renten)  
**Quellen:** <https://forschung.soziale-sicherheit.chss.ch/wp-content/uploads/2023/11/06-23D-eBericht.pdf>

## Notstand in der Pflege

Die Schweizer Pflege ist seit Jahren ein Pflegefall. Bereits heute wäre das Gesundheitswesen ohne Zuwanderung zusammengebrochen: Fast die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte haben ein ausländisches Diplom. In der Pflege haben rund ein Drittel der Arbeitenden keinen Schweizer Pass. Das Personal ist knapp und wird es bleiben. Um 43 Prozent wird der Bedarf an Langzeitpflegenden in den nächsten 20 Jahren zunehmen, wie das Schweizerische Gesundheitsobservatorium in seiner jüngsten Prognose schätzt. 7000 Stellen für diplomierte Pflegefachpersonen waren Ende des vergangenen Jahres ausgeschrieben, 8000 weitere Stellen mit niedrigeren Pflegeanforderungen.

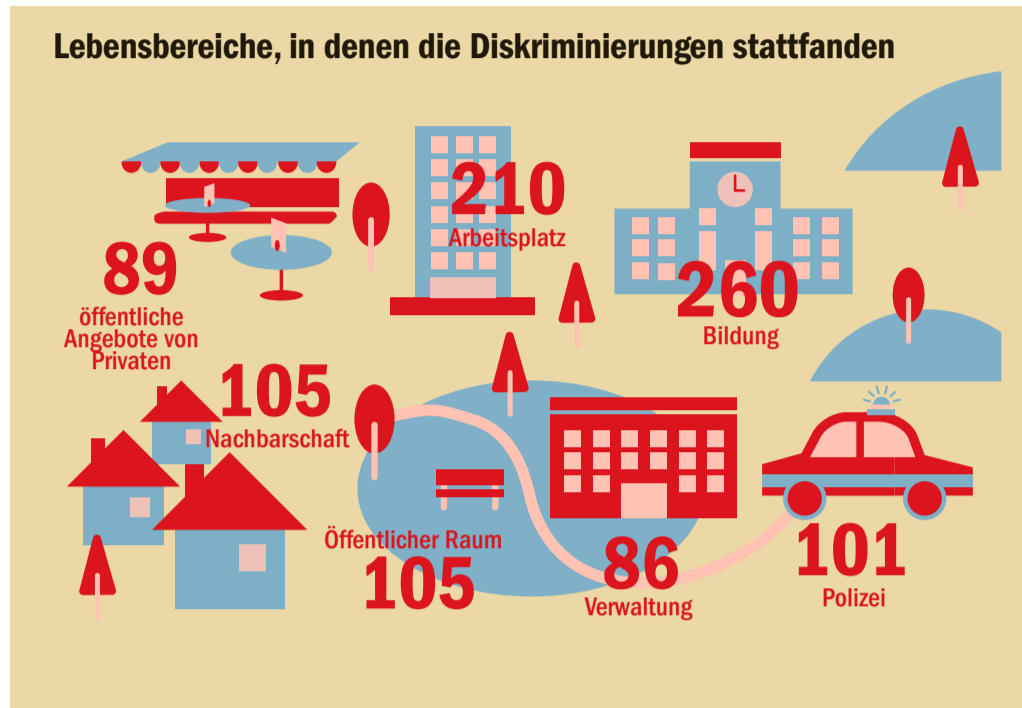
**SIEHE BREXIT.** Die Kantone (allesamt bürgerlich regiert) und ihre Gesundheitsdirektorenkonferenz warnen eindringlich vor den dramatischen Folgen eines Ja. Einen düsteren Vorgeschmack, was ein Ja bedeuten würde, liefert Grossbritannien: Nach dem Brexit führte der Mangel an EU-Pflegekräften in England laut einer Berechnung der University of Surrey zu jährlich fast 1500 zusätzlichen Todesfällen, weil die NHS-Spitäler auf weniger qualifiziertes Personal ausweichen mussten oder es gleich ganz fehlte.

**Mehr hören:** [rebrand.ly/pflege-am-limit](https://rebrand.ly/pflege-am-limit)  
**Quellen:** [https://www.obsan.admin.ch/sites/default/files/2025-09/obsan\\_09\\_2025\\_bericht.pdf](https://www.obsan.admin.ch/sites/default/files/2025-09/obsan_09_2025_bericht.pdf)  
<https://www.surrey.ac.uk/news/brexit-has-caused-1485-additional-deaths-year-due-eu-nurses-leaving-uk>



Rassismus ist in der Schweiz bereits heute allgegenwärtig

# SVP-Initiative macht es noch schlimmer



**WEN ES WO TRIFFT:** Der Rassismusbericht zeigt anhand der Daten von 2025, in welchem Lebensbereich die Menschen diskriminiert wurden. Ebenso, welche Bevölkerungsgruppen wie stark betroffen sind. GRAFIKEN: EKR

**Der neue Schweizer Rassismusbericht zeigt: Diskriminierung ist weit verbreitet. Besonders betroffen sind junge Menschen in Ausbildung.**

IWAN SCHAUWECKER

Unia-Migrationssekretärin Nivalda Still ist in diesen Tagen voll im Einsatz gegen die SVP-Chaosinitiative. Sie sagt: «Diese Initiative führt zu noch mehr Spaltung zwischen Schweizern und Ausländern. Als wäre der strukturelle Rassismus im Land nicht schon Problem genug.»

Im neusten Bericht der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) und der NGO Humanrights steht: «Rassistische Diskriminierung ist nicht angeboren, sondern gesellschaftlich erlernt.» Nivalda Still erklärt: «Migration wird von der SVP systematisch als Bedrohung dargestellt, was Vorurteile

gegenüber Menschen, die bereits Diskriminierung erfahren, zusätzlich verstärkt.» Für viele Unia-Mitglieder haben solche Kampagnen direkte Auswirkungen. Sie werden bei der Wohnungssuche benachteiligt oder bei der Arbeit rassistisch abgewertet.

**1245 FÄLLE VON RASSISMUS.** Obwohl der Rassismusbericht nur einen Bruchteil der tatsächlichen rassistischen Vorfälle in der Schweiz erfasst, wird klar: Am häufigsten werden Schwarze und muslimische Menschen Opfer von rassistischer Diskriminierung. Die Beratungsstellen, die inzwischen in allen 26 Kantonen aktiv sind, haben im letzten Jahr 406 Betroffene von antischwarzem Rassismus beraten. In 369 Fällen war es Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit. In 281 Fällen handelte es sich um antimuslimischen Rassismus, bei 60 Fällen um Antisemitismus. Gegenüber dem Vorjahr hat die Gesamtzahl der gemel-

deten Fälle leicht zugenommen: 1245 Personen holten sich im letzten Jahr Unterstützung, am häufigsten im Bereich Bildung mit 260 Fällen und am Arbeitsplatz mit 210 Fällen.

**FOKUS AUF LERNENDE.** Die meisten Menschen, die sich gegen Rassismus zur Wehr setzen, haben einen Schweizer Pass. Die EKR geht davon aus, dass die Fallzahlen bei Menschen ohne Schweizer Pass noch deutlich höher sind. Doch diese getrauen sich oft nicht, gegen Diskriminierungen durch Arbeitgeber, Lehrpersonen oder Vermieterinnen vorzugehen. Einen besonderen Fokus richtet der diesjährige Bericht auf die Situation von Lernenden. Hier kommen im Rassismusbericht auch die Unia-Fachleute Félicia Fasel, Hilmi Gashi und Nivalda Still zu Wort. Ihr Beitrag verdeutlicht, dass junge Menschen in Ausbildung besonders oft von Diskriminierung, Stress und Erschöpfung betroffen sind. Die Umfrage-

ergebnisse der Unia zeigen, dass etwa ein Drittel der Lernenden während der Lehre Rassismus erleben. Damit ist die Belastung bei Auszubildenden deutlich höher als im Bevölkerungsdurchschnitt, wo etwa 17 Prozent der Menschen unter Rassismus leiden. Wegen des fehlenden Wissens über Rassismus und die Unterstützungsangebote sind junge Menschen in Ausbildung auch oft besonders lange rassistischem Verhalten ausgesetzt.

**UNIA-LEITFADEN.** Die Unia hat deshalb im vergangenen Jahr einen Leitfaden gegen Rassismus veröffentlicht, der sich insbesondere an Lernende und junge Menschen richtet. Die Broschüre erklärt die wichtigsten Begriffe, bietet Ratschläge für den Umgang mit rassistischen Situationen und zeigt, wie man sich zur Wehr setzen kann. Nivalda Still sagt: «Dieser Leitfaden ist sehr gefragt und wird auch von den Sozialpartnern und Berufsschulen verwendet.»

**RASSISMUS IM JOB**

**BÜEZERIN WEHRT SICH**

Im Bericht sind verschiedene konkrete Fälle von Rassismus dokumentiert. Eine Frau suchte beispielsweise Unterstützung wegen schwerwiegender rassistischer Vorfälle an ihrem Arbeitsplatz in einem grossen Unternehmen. Der Standortleiter machte wiederholt diskriminierende und massiv rassistische Aussagen. Die Betroffene konnte dies mit Beweisen belegen und wandte sich an die Personalabteilung. Diese wollte die Frau daraufhin intern versetzen und ihr eine Schweigepflicht für die Vorfälle auferlegen. Für den Standortleiter hätte es keinerlei Konsequenzen gegeben. Aufgrund der anhaltenden Belastung kündigte die betroffene Frau ihre Stelle. Die Beratungsstelle begleitet und unterstützt sie derzeit bei einer Klage vor dem Arbeitsgericht.

**HILFE.** Wer rassistische Fälle beobachtet oder selber Hilfe in Anspruch nehmen will, kann sich bei einer der 26 kantonalen Beratungsstellen melden. Seit 2021 betreibt die EKR auch die Website [reportnonline racism.ch](http://reportnonline racism.ch) für das Melden rassistischer Online-Hassrede. (isc)

INSERAT



**Lohnsenkungen per Gesetz?**

**Nicht mit uns!**

**Jetzt unterschreiben!**  
[unia.ch/lohn senkungen-nein](http://unia.ch/lohn senkungen-nein)





WIESO BREXIT? In Grossbritannien ist die Ernüchterung nach dem Austritt aus der EU gross.

FOTO: KEYSTONE

# So wirkte sich der Brexit auf die Migration aus Es kamen die Richtigen, und es kamen sehr viele

**Vor zehn Jahren beschloss Grossbritannien den Ausstieg aus der EU. Es war ein Versuch, die Migration zu beschränken. Aber die Geschichte endet nicht so, wie die EU-Gegnerinnen und -Gegner wollten.**

PETER STÄUBER, LONDON

Am 23. Juni 2016 stimmte eine Mehrheit der Britinnen und Briten für den Brexit. Eines der Hauptargumente der «Brexiters»: die Kontrolle und die Beschränkung der Migration. Unmittelbar danach begann ein grosser Exodus. Die Zuwanderung aus den EU-Ländern nahm ab. Die Gründe: politische Unsicherheit und das schwache Pfund. In Grossbritannien zu arbeiten lohnte sich schlicht nicht mehr.

Nach vielen chaotischen Jahren, die die Politikerinnen und Politiker in London mit Streitereien um die richtige Brexit-Strategie verbrachten, kam 2020 der formelle EU-Austritt. Im folgenden Jahr traten die neuen Brexit-Einwanderungsregeln in Kraft: Die Personenfreizügigkeit mit der EU war vorbei, stattdessen gibt es seither ein Visumsystem. Das heisst, die britischen Behörden bestimmen, wer ins Land kommen darf. Und damit nahm die Einwanderung so richtig zu.

Kamen im Jahr 2020 netto weniger als 200 000 Menschen ins Land, war die Zahl 2023 auf mehr als 800 000 angestiegen. Die Visa wurden vornehmlich an Arbeitnehmende ausserhalb der EU verteilt, viele Menschen kamen aus Indien und Nigeria, zudem wurden humanitäre Visa an Geflüchtete aus der Ukraine und aus Hongkong vergeben.

## WIRTSCHAFT BESTIMMT DIE MIGRATION

Politikerinnen und Politiker aus dem rechten Spektrum waren empört. Nigel Farage, Brexit-Zugpferd und führender Rechtspolitiker im Land, sprach von einer «furchtbaren» Entwicklung. Dabei geschah genau das, was Farage mit dem Brexit gefor-

dert hatte: Grossbritannien hatte die Kontrolle über die Migration und vergab jene Einreisebewilligungen, die die britische Wirtschaft benötigte. Und offenbar war das eine ganze Menge. Während die Zuwanderung im Niedriglohnssektor abnahm, kamen mehr Arbeitnehmende, die im Gesundheitsdienst NHS angestellt waren, in der Pflege, in der Kommunikationsbranche sowie im Finanzsektor. Der Migrationsexperte Jonathan Portes schlussfolgerte: «Das Nach-Brexit-System hat seine wichtigsten Ziele erreicht.»

## SCHLIMME FOLGEN FÜR DIE PFLEGE

Aber die Gegenreaktion von rechts liess nicht lange auf sich warten. Die Migration wurde in jenen Jahren wieder zum wichtigsten Thema in der öffentlichen Debatte. So versprachen Politikerinnen und Politiker aller grossen Parteien, die Einwanderung stark senken zu wollen. Die Tory-Regierung führte schärfere Visumsbestimmungen ein. Unter anderem dürfen Doktoranden seit 2024 keine Familienangehörigen mehr mit ins Land bringen. Auch die «Arbeiterpartei» Labour versprach eine tiefere Migration. Nach ihrem Wahlsieg 2024 machte sie sich daran, dieses Versprechen einzulösen.

Im Frühling 2025 präsentierte Labour ihre Verschärfung der Einwanderungsregeln. Dabei ging es um die irreguläre Migration – es sollte schwieriger werden, in Grossbritannien Asyl zu erhalten. Der Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge wurde suspendiert. Aber die Regierung zielte auch auf die reguläre Einwanderung ab. Sie erhöhte den Mindestlohn, den Fachkräfte verdienen müssen, von 38 700 auf 41 700 Pfund – wer weniger einnimmt, erhält kein Visum. Auch soll es künftig länger dauern, bis Migrantinnen und Migranten das permanente Bleiberecht erhalten: Die Frist soll von fünf auf zehn Jahre heraufgesetzt werden, in manchen Fällen sogar auf fünfzehn Jahre. Zudem dürfen künftig keine Pflegerinnen und Pfleger mehr aus dem Ausland rekrutiert werden.

Besonders für den Gesundheitsbereich könnten dies Massnahmen verheerende Folgen haben. Im März warnte ein Parlamentskomitee, dass die Erhöhung der Einkommensschwelle «Hunderttausende Pflegefachkräfte und ihre Familien betreffen

wird und grössere Konsequenzen für den Sektor haben könnte». Die Pflegearbeit ist in der Regel gering bezahlt. Viele Pflegenden würden deshalb unter die Einkommensgrenze fallen und müssten das Land somit verlassen. Wenn sie zudem viel länger auf das permanente Bleiberecht warten müssten, würden viele auswandern. Eine Pflegerin aus Nigeria sagte zum Sender BBC: «Wir würden definitiv nicht bleiben. Wir können nicht in einem so unsicheren Umfeld leben.» Sie werde versuchen, nach Kanada zu ziehen.

Die Regierung hat auch eingeführt, dass keine Pflegerinnen und Pfleger mehr aus dem Ausland rekrutiert werden dürfen. Das hat handfeste Konsequenzen. Vor dem Verbot kamen die meisten Pflegenden aus Übersee, insbesondere aus den Philippinen, aus Indien, Nigeria und Simbabwe. Aber selbst damals bestand ein akuter Mangel an Fachkräften – laut dem NHS England sind zehn bis zwölf Prozent der Stellen unbesetzt, was mehreren Zehntausend Arbeitnehmenden entspricht. Wenn niemand mehr aus dem Ausland kommen darf, wird sich dieser Notstand verschärfen, warnen die Pflegeheime: Es gibt schlichtweg zu wenig britische Arbeitskräfte für diese Jobs.

## INNENPOLITIK BEWIRKT DEN UNTERSCHIED

Die Gefahr ist also, dass Labour aus Angst vor der aufstrebenden radikalen Rechten (siehe Spalte rechts) eine Beschränkung der Migration durchsetzt, die schwere wirtschaftliche – und soziale – Schäden nach sich ziehen wird. Und das zu einer Zeit, in der die Migration sowieso stark gesunken ist, schon bevor die jüngsten Verschärfungen getroffen haben: In den zwölf Monaten bis Juni 2025 fiel die Zuwanderung auf das Niveau vor dem Brexit zurück. Unter anderem sind viel weniger Studierende ins Land gekommen, nachdem die Tories die Visumbestimmungen verschärft hatten; auch sind weniger Visa an Geflüchtete aus der Ukraine und aus Hongkong vergeben worden.

Stattdessen könnte die Regierung etwas anderes tun. Sie könnte anerkennen, dass Migration «ein strukturelles Merkmal einer modernen, offenen Wirtschaft ist und keine temporäre Verirrung», schreibt Experte Jonathan Portes. Und dass die Kosten und der Nutzen der Migration «überwältigend von innenpolitischen Entscheidungen abhängen – etwa bei der Wohnungspolitik, den öffentlichen Dienstleistungen, der Arbeitsmarktregulierung und der Integration».

## Lokalwahlen in Grossbritannien

# Grüner Hoffnungs-schimmer

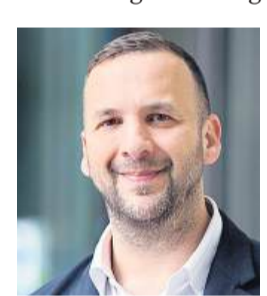
Die Lokal- und Regionalwahlen in Grossbritannien waren für die regierende Labour-Partei ein Fiasko. Bemerkenswert ist der Wahlerfolg der Grünen.

PETER STÄUBER

Anfang Mai wählten die Britinnen und Briten neue Regional- und Kommunalräte. In England standen rund 5000 Sitze in den Kommunalräten zur Wahl. Die Regierungspartei Labour verlor fast 1500 Mandate. Ein schwerer Schlag war das Ergebnis in Wales, wo die hundertjährige Vorherrschaft Labours zu einem abrupten Ende gekommen ist. Insgesamt war es eines der schlechtesten Wahlergebnisse in der Geschichte der Labour-Partei.

Als grosser Wahlsieger präsentierte sich der rechtsradikale Politiker Nigel Farage. Er sprach nach der Wahl von einer «historischen Verschiebung» in der britischen Politik. Tatsächlich legte seine rechtsradikale Partei «Reform UK» in allen Landesteilen stark zu, vor allem in den englischen Midlands, im Norden und an der Ostküste. Sie gewann 1450 Sitze in den Kommunalräten.

**NICHT GANZ SO DÜSTER.** Aber bei genauerem Hinsehen ist die Situation aus progressiver Perspektive nicht ganz so düster. Noch vor wenigen Wochen hatte Reform UK mit viel mehr Sitzgewinnen gerechnet, und



CHEF DER GRÜNEN: Zack Polanski. FOTO: KEY

in den Lokalwahlen vor einem Jahr hatte sie besser abgeschritten. Auch ist die Rechtspartei seit ihrem Umfragehoch Ende 2025, als sie bei deutlich über 30 Prozent Wähleranteil lag, auf etwa 25 Prozent abgerutscht.

Ebenso optimistisch stimmt das Ergebnis der Grünen. Während die Medien im vergangenen Jahr vor allem über den Aufstieg von Reform UK berichteten, wurde die etablierte Politik gleichzeitig von links herausgefordert. Unter dem Vorsitzenden Zack Polanski, der im September gewählt wurde, machen die Grünen zunehmend Klassenpolitik – und haben damit Erfolg: Die Partei konnte ihre Mitgliederzahlen auf mehr als 225 000 verdreifachen, in Umfragen liegt sie etwa gleichauf mit Labour und den Tories. In den Lokalwahlen letzte Woche gewann die Partei mehr als 400 zusätzliche Sitze. In fünf englischen Kommunalräten hat sie nun die Mehrheit, und in zwei Bezirken in London hat sie das Bürgermeisteramt erobert: Zoë Garbett in Hackney und Liam Shrivastavan in Lewisham.

**BYE BYE STARMER?** Die Labour-Regierung stürzte in eine tiefe Krise. Premierminister Keir Starmer ist unter Druck, zurückzutreten. Die Gründe gehen aber über die Wahlniederlage hinaus. Vom grundlegenden Wandel, den Starmer versprochen hatte, ist nichts zu spüren. Die dringlichsten Probleme der Briten – darunter steigende Lebenshaltungskosten, ein mardor Gesundheitsdienst, eine grassierende Wohnungskrise – sind noch genauso akut wie zu Tory-Zeiten.

**EUropa**  
Regula Rytz

## Was EU-Regierungen brauchen Mut statt Wankel- mut als Antwort auf Trump

Vor 16 Monaten ist Donald Trump erneut ins Weisse Haus eingezogen. Seither wird die Welt mit einem Gemisch aus Willkür und gnadenlosem Egoismus konfrontiert. Ob europäische Regierungen oder



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen Denknetzes.

KMU: alle üben sich im Rätseln. Was gilt nun? Zum Beispiel bei den Zöllen: Nach der Ankündigung des «Zollhammers» vor einem Jahr wurden die definitiven Festlegungen mehrfach verschoben. Als sie dann endlich beschlossen waren, zog das Oberste Gericht der USA die Notbremse: Die Trump-Administration hatte ihre Befugnisse überschritten. Viele Unternehmen fordern deshalb die unrechtmässig bezahlten Abgaben zurück.

**RETOURKUSTSCHE.** Das hindert Trump nicht daran, neue Wege für seine Strafaktionen zu suchen. Zurzeit hat er wieder mal Europa im Visier. Die Zölle auf EU-Autos sollen noch im Mai von 15 auf 25 Prozent steigen. Dies wäre ein harter Schlag gegen die europäische Industrie. Offiziell begründen die USA den Schritt mit der zögerlichen Umsetzung des neuen Handelsabkommens zwischen der EU und den USA. Faktisch geht es aber um die Weigerung der EU, den Irankrieg zu unterstützen. Nach Spanien hat sich kürzlich auch Bundeskanzler Friedrich Merz (beiläufig) von der amerikanisch-israelischen Strategie im Nahen Osten distanziert. Die Retourkutsche liess nicht lange auf sich warten: Neben noch höheren Zöllen drohen die USA mit einem Abzug von US-Truppen in Deutschland.

**KREUZFEUER.** Es wird für die EU-Regierungen immer schwieriger, gemeinsame Antworten auf solche Erpressungsversuche zu finden. Der Druck steigt. Denn der Irankrieg belastet mit hohen Energiepreisen und blockierten Lieferketten die Haushalte und die Unternehmen. Die Versuchung ist deshalb gross, sich durch Zugeständnisse an Trump & Co. etwas Zeit zu verschaffen. Nach dem Angriff auf das Lieferketten-

### Gegenwärtig gerät die Regulierung der Tech-Konzerne ins Kreuzfeuer.

gesetz gerät jetzt auch die Regulierung der grossen Tech-Konzerne immer mehr ins Kreuzfeuer. Die EU hat hier eine weltweite Führungsrolle inne. Neben der Digital Service Act (Stärkung der Privatsphäre im Internet) und der Digital Markets Act (Wettbewerb statt Marktbeherrschung) hat sie weltweit das erste Gesetz über den Einsatz von künstlicher Intelligenz erlassen. Die KI-Systeme sollen sicher, transparent, nachvollziehbar, nicht diskriminierend und umweltfreundlich sein. Und sie sollen von Menschen überwacht statt durch automatisierte Prozesse gesteuert werden. Das ist gerade für den Schutz der Arbeitnehmenden zentral.

**RÜCKGRAT.** Den Big-Tech-Konzernen ist das alles ein Dorn im Auge. Donald Trump hat in ihrem Namen mehrfach mit weiteren Zöllen gedroht, wenn die Digitalbestimmungen nicht gelockert werden. Leider scheint er erfolgreich zu sein. Im Mai haben die EU-Länder und das Parlament das KI-Gesetz empfindlich abgeschwächt. Kritiker sprechen von einem Kniefall vor den USA. Immerhin bleiben KI-Anwendungen zum missbräuchlichen Erstellen von sexualisierten Deep Fakes verboten. Doch das Seilziehen wird weitergehen. Eigentlich haben die Erfahrungen rund um den Grönlandkonflikt gezeigt, dass man vor dem System Trump niemals einknicken darf. Respekt verschafft man sich nur durch Rückgrat, nicht durch Wankelmüt. Das gilt übrigens auch für die Schweiz.

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.

Tessiner Arzt und Kuba-Unterstützer Franco Cavalli:

# «Die Lage ist dramatisch. Die Leute haben Hunger!»

**Kein Strom, kein Benzin, kaum Medikamente: Das neue US-Ölembargo trifft Kuba mit voller Wucht. Der Tessiner Arzt Franco Cavalli war mit einer Solidaritäts-Flottille auf der Insel – und berichtet von einem Gesundheitssystem am Anschlag.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Seit Ende Januar verhindert US-Präsident Donald Trump sämtliche Öllieferungen nach Kuba. Die Begründung: Der Karibikstaat stelle eine «extreme Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA dar». Jetzt musste die kubanische Regierung vor wenigen Tagen verkünden, dass die Erdölvorräte im Land aufgebraucht seien. Die Folgen für die Bevölkerung sind verheerend: es gibt kaum mehr Strom, der Verkehr steht still, die ohnehin spärlichen Nahrungsmittel verderben, das Wasser ist knapp. Auch die Gesundheitsversorgung kollabiert zunehmend. Es fehlen selbst grundlegende Medikamente wie Antibiotika oder Schmerzmittel.

Das rief die Solidaritätsflottille «Nuestra América» auf den Plan. Organisiert hat sie die Bewegung «Progressive International», ein linkes Netzwerk rund um Persönlichkeiten wie den US-Philosophen Noam Chomsky, den US-Politiker Bernie Sanders oder den griechischen Ökonomen Yanis Varoufakis.



**BESORGT: Franco Cavalli.** FOTO: KEYSTONE

Rund 800 Freiwillige brachten Lebensmittel, Medikamente und Sonnenkollektoren nach Kuba. Teil dieser Flottille war auch der Tessiner Arzt und Krebspezialist Franco Cavalli (83). Er sagt: «Es ist dramatisch. Die Leute haben Hunger.» Für Cavalli grenzt die Lage inzwischen «fast an einen Völkermord».

### MEHR FRÜHGEURTEN

Lebensmittel seien knapp und teuer, auch weil es an Treibstoff für Transporte fehle. Cavalli: «Viele Menschen verbringen den Alltag damit, irgendwo Essen oder Benzin aufzutreiben.» Besonders hart treffe es das Gesundheitssystem. Kuba hatte früher eine der niedrigsten Kindersterblichkeiten weltweit, heute steige diese wieder deutlich an, wie auch die Zahl der Frühgeburten. Auch Krebsmedikamente und andere wichtige Behandlungen fehlten zunehmend. Die Spitäler arbeiteten unter extrem schwierigen Bedingungen. Das Pflegepersonal



**ANKUNFT IN KUBA: Ein Teil der Solidaritätsflottille «Nuestra América» legt mit Hilfsgütern an Bord am Hafen von Havanna an.** FOTO: KEYSTONE

bleibe teilweise mehrere Tage im Krankenhaus, weil Transportmöglichkeiten fehlten.

### ZUM BEISPIEL HERZSCHRITTMACHER

Cavalli reist seit 40 Jahren regelmässig nach Kuba. Er sagt: «Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat das Gesundheitssystem phantastisch funktioniert.» Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) habe das kubanische System sogar als Vorbild für den Globalen Süden bezeichnet.

Kuba hatte eine sehr tiefe Säuglingssterblichkeit und eine hohe Lebenserwartung. Doch mit dem Wegfall der Unterstützung aus der Sowjetunion und unter dem US-Embargo verschlechterte sich die Situation massiv. «Ich habe erlebt, wie Bestrahlungsgeräte stillstanden, weil Ersatzteile fehlten und Kuba sie auf dem «freien Markt» nicht kaufen durfte.» Deshalb gründete er zusammen mit Kolleginnen und Kollegen 1992 den Verein Medicuba mit dem Ziel, das kubanische Gesundheitssystem zu unterstützen.

Kuba setzte fortan auf Tourismus und Biotechnologie. Cavalli erklärt: «Kuba hat sogar einen eigenen Covid-Impfstoff entwickelt.» Unter US-Präsident Barack Obama habe sich die Lage zeitweise deutlich verbessert. Der Tourismus florierete, es gab einen wirtschaftlichen Aufschwung. Doch dann kamen die erste Amtszeit von Trump und Corona. Mit der Pandemie fiel der Tourismus gänzlich weg und damit eine der Haupteinnahmequellen. Trump wiederum liess Kuba auf die schwarze Liste von Län-

dern setzen, die Terrorismus unterstützen. Mit dem Resultat, dass es in der Schweiz nicht mal mehr möglich ist, via Banküberweisung den Mitgliederbeitrag für den Schweizer Verein Medicuba zu überweisen. Geschweige denn Geld nach Kuba zu schicken. Oder Medikamente und medizinische Apparate. Zum Beispiel Herzschrittmacher: «Es gibt weltweit drei grosse Unternehmen, die diese herstellen. Doch keines wollte uns für Kuba welche verkaufen.»

Und jetzt also das totale Ölembargo. Seine verheerenden Folgen treiben die Menschen immer wieder auf die Strassen. Cavalli schätzt die Stimmung so ein: «Es gibt wohl jene Menschen, die sagen, sie hielten die Regierung zwar für unfähig, aber trotzdem keine Lust haben, wieder Sklaven der USA zu werden. Andere sind eher der Meinung, dass es mit den USA zumindest nicht schlechter werden könne.»

### SOLAROFFENSIVE

Die Situation, unter der die Bevölkerung jetzt leidet, hat auch mit dem über 60 Jahre dauernden US-Embargo zu tun. Cavalli erklärt: «Wenn bei einem Produkt – vom Flugzeug bis zum Bleistift – mehr als zehn Prozent US-Technologie drinstecken, darf Kuba es nicht kaufen.» Doch die Regierung habe auch Fehler gemacht. So habe sie zu wenig in die Landwirtschaft investiert und dafür in riesige, luxuriöse Hotels, die keinerlei Nachfrage hätten. Auch die Umstellung auf Solarenergie habe die Regierung verschlafen. Doch in diesem Bereich investiere die Regierung jetzt massiv. «Für 1000 Dollar gibt es Solaranlagen mit der Kapazität, einen Haushalt zu versorgen.»

## KUBAS BEWEGTE GESCHICHTE: KOLONIALISMUS, REVOLUTION, SOZIALISMUS

### SPANISCHE HERRSCHAFT

● **1492:** Christoph Kolumbus erreicht Kuba im Auftrag Spaniens. Die indigene Bevölkerung der Taino wird durch Gewalt, Zwangsarbeit und Krankheiten fast vollständig vernichtet. ● **1511:** Diego Velázquez beginnt die systematische spanische Kolonisierung Kubas. Die Insel entwickelt sich zu einem kolonialen Zentrum der Zuckerproduktion und der Sklavenwirtschaft. Unabhängigkeitskämpfe gegen Spanien. ● **1868–1878:** Carlos Manuel de Céspedes ruft den bewaffneten Aufstand gegen Spanien aus. ● **1895:** Unter Führung von José Martí beginnt der Unabhängigkeitskrieg gegen die spanische Kolonialmacht. Martí stirbt 1895 im Kampf und wird zur Symbolfigur Kubas. ● **1898:** Die Vereinigten Staaten greifen militärisch in den Krieg ein. Spanien verliert Kuba, die Insel gerät jedoch unter starken politischen und wirtschaftlichen Einfluss der USA.



**VEREHRT: Che Guevara.** FOTO: PEXELS

### REPUBLIK UNTER US-EINFLUSS

● **1902:** Gründung der Republik Kuba. ● **1903:** Die USA sichern sich die Kontrolle über den Militärstützpunkt Guantánamo Bay Naval Base. ● **1952:** Fulgencio Batista übernimmt durch einen Militärputsch die Macht. Seine Herrschaft ist geprägt von Korruption, Repression und enger Zusammenarbeit mit den USA.

### DIE KUBANISCHE REVOLUTION

● **1953:** Revolutionärinnen und Revolutionäre um Fidel Castro greifen die Moncada-Kaserne an.

Der Angriff scheitert militärisch, gilt aber als Beginn der Revolution.

● **1956:** Fidel Castro, Raúl Castro und Che Guevara beginnen den Guerrillakrieg. ● **1. Januar 1959:** Batista flieht aus Kuba; die Revolution siegt. Die neue Regierung verstaatlicht Grossgrundbesitz und zentrale Industrien.

### KALTER KRIEG UND US-BLOCKADE

● **1961, Invasion in der Schweinebucht:** Von der CIA unterstützte Exilkubaner versuchen, die Revolution zu stürzen. Die Invasion scheitert innerhalb weniger Tage. ● **1962, Kubakrise:** Die Stationierung sowjetischer Raketen in Kuba bringt die Welt an den Rand eines Atomkriegs. ● **ab 1960:** Die USA verhängen einen umfassenden Wirtschafts-, Handels- und Finanzboykott gegen Kuba. ● **1960er bis 1980er Jahre:** Kuba entwickelt ein sozialistisches Gesellschaftsmodell mit kostenlosem Gesundheits- und Bildungssystem. Gleichzeitig kommt

es zur Einparteienherrschaft.

● **1991:** Der Zusammenbruch der Sowjetunion führt zur schweren Wirtschaftskrise in Kuba.

### KUBA IM 21. JAHRHUNDERT

● **2014:** Unter US-Präsident Barack Obama beginnen diplomatische Annäherungen zwischen Kuba und den USA. Die Wirtschaft erlebt einen Aufschwung. ● **2021:** Grössere Proteste gegen Versorgungskrise, Inflation und Stromausfälle erschüttern Kuba. Die Regierung verweist auf die Auswirkungen der US-Sanktionen und der Pandemie. ● **2023:** Die Inflation steigt massiv an. Viele Güter des täglichen Bedarfs sind nur schwer erhältlich. Die Regierung führt Wirtschaftsreformen fort, darunter mehr Spielraum für kleine Privatunternehmen. ● **Januar 2026:** Die USA verhindern sämtliche Erdöllieferungen nach Kuba und drohen mit einer Militärintervention.



MIGROS OHNE SOZIALES GEWISSEN: Der Wechsel vom eigenen Lieferdienst zu Just Eat birgt für die Arbeitnehmenden Gefahren. FOTOS: KEYSTONE / MONTAGE: WORK

Lieferdienste: Hat die Migros ihre Subunternehmen im Griff?

# Kurier verdient 10 Fr. pro Stunde

Seit Anfang Mai beliefert die Migros ihre Kundinnen und Kunden mit dem Kurierdienst Just Eat. Und nimmt dafür Hungerlöhne bei Subunternehmen in Kauf.

IWAN SCHAUWECKER

«Wir sind enttäuscht und fühlen uns von der Migros verraten», sagt Grégory Fabbri (42). Er ist einer von über 400 entlassenen Kurierinnen und Kurieren des Lieferdienstes und Migros-Tochterunternehmens Smood. Die Mi-

**«Just Eat hat uns ehemaligen Smoodeurs einen 10-Franken-Gutschein geschickt, aber Jobs haben sie keine für uns.»**

GRÉGORY FABBRI, ENTLASSENER SMOOD-KURIER

gros hat Ende April sämtliche Smood-Fahrerinnen und -Fahrer entlassen, weil sie nicht rentabel waren (work berichtete: [rebrand.ly/migros-smood](https://www.rebrand.ly/migros-smood)). Nun hält die Migros nicht mal den eigenen minimalistischen Sozialplan ein. Darin steht auch, dass die Migros die ehemaligen Smoodeurs bei der Stellensuche unterstützt, zum Beispiel mit einer Nachfolgelösung beim Lieferdienst Just Eat. Dieser ist seit Anfang Mai neuer Partner der Migros für Heimlieferungen.

## GUTSCHEIN STATT JOB

Doch Fabbri, der während sechs Jahren für Smood und die Migros gearbeitet hat, hat sich vergebens bei Just Eat beworben. «Ich kenne die Migros-Kundinnen, die Arbeit und

die Routen, aber bei Just Eat wollte man mich nicht.» So wie ihm sei es auch vielen seiner Kollegen ergangen. «Sie haben uns ehemaligen Smoodeurs einen 10-Franken-Gutschein für Just Eat geschickt, aber Jobs haben sie keine für uns.» Die Arbeitsbedingungen bei Smood und Just Eat wären dabei sehr ähnlich, auch wenn bei Smood noch ein Firmen-GAV von Syndicom gegolten hätte, meint Fabbri.

## HUNGERLOHN BEI SUBUNTERNEHMEN

Doch nicht überall, wo Just Eat draufsteht, ist auch Just Eat drin. Die «NZZ am Sonntag» berichtete von Fahrerinnen und Fahrern mit Just-Eat-Rucksäcken, die beim Basler Subunternehmen On Duty angestellt sind und lediglich im Stücklohn bezahlt werden. In den Wartezeiten und für den Rückweg erhalten die Kurier keine Lohn. Das führt dazu, dass die Mindestlöhne massiv unterschritten werden. Ein Fahrer sagt, dass er nur 10 Franken pro Stunde verdiene.

Auf Anfrage der italienischsprachigen Unia-Zeitung «Area» verspricht die Migros Genf, die geltenden Gesetze einzuhalten. Just Eat respektiere die wichtigsten Grundsätze des Schweizer Arbeitsrechts, die GAV und die kantonalen Mindestlohnvorgaben. Wie die Migros sicherstellt, dass ihre Aufträge nicht über Subunternehmen mit Hungerlöhnen ausgeführt werden, bleibt jedoch unklar. Die Migros schreibt lediglich, dass die kantonalen Arbeitsinspektorate die Arbeitsbedingungen der Kurierfahrer jederzeit überprüfen könnten.

## MINDESTLOHN VOR BUNDESGERICHT

Das Tessiner Arbeitsinspektorat hat Divoora kontrolliert, eine Lieferfirma mit ähnlichem

## Prosus: Der Konzern hinter Just Eat

Neben Uber Eats ist Just Eat der wichtigste Anbieter von Essenslieferungen in der Schweiz. Firmen wie Just Eat liefern aber nicht nur Essen und Lebensmittel, sie sammeln auch umfangreiche Daten von ihren Fahrerinnen und Kunden: GPS-Standorte, Lieferzeiten, Routen, App-Nutzungen, Leistungsdaten und teilweise sogar Bewegungsdaten ausserhalb aktiver Lieferungen.

**GROSS IN CHINA.** Der Just-Eat-Konzern gehört der niederländischen Beteiligungsgesellschaft Prosus. Diese ist auch Hauptaktionärin der chinesischen Techfirma Tencent, die unter anderem WeChat, eine der wichtigsten Zahlungs- und Ortungsapps in China, Online-Games und KI-Dienste betreibt. (isc)

Geschäftsmodell wie On Duty. Die Kontrollbehörde hat dabei massive Unterschreitungen des Tessiner Mindestlohns von 20 Franken 50 festgestellt. Das Arbeitsinspektorat klagte deshalb gegen Divoora und hat vor dem Bundesverwaltungsgericht recht erhalten. Divoora zog das Urteil ans Bundesgericht weiter.

Falls dieses das vorinstanzliche Urteil bestätigt, könnten die unterbezahlten Kurierinnen und Kurier Nachzahlungsforderungen an Divoora stellen. Ein Urteil, das auch die unterbezahlten Kurier bei den Subunternehmen von Just Eat und die Migros interessieren dürfte.

## Urteil aus Strassburg: Demos als Grundrecht bestätigt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Schweiz wegen Verletzung der Versammlungsfreiheit verurteilt. Es ist ein Urteil mit Signalwirkung, da es das Recht auf friedliche Kundgebungen stützt.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Der Kanton Genf hat gegen das Recht auf Versammlungsfreiheit verstossen (Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention). So das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR).

Das Urteil ist ein wichtiges Signal für die Versammlungsfreiheit und gegen administrative Hürden, polizeiliche Einschüchterung oder strafrechtliche Sanktionen gegen Menschen, die ein Grundrecht ausüben.

Der Hintergrund: Am 8. März 2019, dem grossen Frauenstreik-Jahr, fand in Genf eine bewilligte Demo zum interna-



GRUNDRICHTIG: Demo für Gleichstellung in Genf. FOTO: KEYSTONE

tionalen Tag der Frauenrechte statt. Doch danach folgte ein böses Erwachen: Der Kanton Genf brummte der Organisatorin eine Geldstrafe auf, weil die rund 1000 Demonstrierenden Graffiti hinterlassen hatten, pyrotechnische Gegenstände benutzt, von der angekündigten Route abgewichen waren und das Sicherheitsteam nicht genügend als solches erkennbar gewesen sei.

## BUNDESGERICHT BESTÄTIGT

Das wollten die Organisatorin und ein Genfer Unterstützungskomitee nicht auf sich sitzen lassen. Sie zogen denn Fall vor Bundesgericht – welches das Urteil bestätigte – und danach zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. Dieser

**Wie Genf vorgeht, war nicht verhältnismässig.**

hat nun einstimmig geurteilt: Der Kanton Genf hat gegen das Recht

auf Versammlungsfreiheit verstossen.

Der EGMR begründet sein Urteil mit der mangelnden Verhältnismässigkeit der Busse. Insbesondere mit einer mangelnden Abwägung zwischen dem durch die Schweizer Bundesverfassung garantierten Recht auf Versammlungsfreiheit und dem Schutz der Rechte und Freiheiten anderer. Denn der Gerichtshof sah es nicht als erwiesen an, dass die Verstösse der Organisatorin genügend nachgewiesen waren, und vor allem, ob diese die Rechte und die Freiheiten von anderen überhaupt beeinträchtigt habe.

## ABSCHRECKENDE WIRKUNG

Das Gericht hält klar fest, dass die Organisatorin sich nichts zuschulden hat kommen lassen. Und «angesichts der Tatsache, dass die Demonstration weder erhebliche Störungen noch Gefahren verursacht hatte», sei das Urteil nicht verhältnismässig. Der EGMR kritisiert zudem die abschreckende Wirkung des Urteils, da dieses auch andere davon abhalte, künftig öffentliche Veranstaltungen zu organisieren.

Die Organisatorin verzichtete in der Folge darauf, weitere Demonstrationen zu organisieren, und wies darauf hin, dass sich für den feministischen Marsch vom 8. März 2022 niemand bereit erklärt habe, eine Bewilligung für die Durchführung einer Demo zu beantragen.

## UNRWA-Doku Was das SRF nicht zeigt

Im Tessiner RSI und im welschen RTS war er zu sehen, nicht aber im SRF. Dort fand man, der von der SRG koproduzierte Dokfilm «UNRWA – 75 Jahre einer provisorischen Geschichte» stosse auf «zu wenig Interesse». Dabei gelingt dem Genfer Filmemacher Nicolas Wadimoff ein grosser Wurf. Er hinterfragt die Rolle des 1949 von der Uno gegründeten und jetzt von Israel faktisch illegalisierten Hilfswerks: Rettungsring für Millionen von Palästinensern oder ungewollt ein Instrument für einen Konflikt ohne Ende? Mittels packender Berichte und unveröffentlichter Archivunterlagen erzählt Wadimoff die Geschichte der UNRWA, die von jener der Paläs-



FOTO: PD

tina-Flüchtlinge nicht zu trennen ist. Auf der Plattform Playsuisse lässt sich der Dok immerhin streamen. Und das Filmpodium Biel zeigt ihn an einer Veranstaltung mit Barbara Hintermann (Direktorin Terre des Hommes), Jean-Daniel Ruch (ehemaliger Schweizer Botschafter in Israel) und Didier Pfirter (ehemaliger Diplomat, beteiligt an der Entstehung des Internationalen Strafgerichtshofs).

**UNRWA – 75 Jahre einer provisorischen Geschichte**, von Nicolas Wadimoff und Lyana Saleh. 28. Mai, 19 Uhr, Film-podium, Seevorstadt 73, Biel.

## Robert-Grimm-Vortrag Prekäre Wanderjahre

Der spätere Gewerkschaftsführer und Politiker Robert Grimm (1881–1958) wanderte 1900 bis 1902 als junger Druckergeselle von Graz nach Wald im Zürcher Oberland. Das lokale Gewerbe bot sporadische Beschäftigung, die Gewerkschaft half mit Reisegeld, und gelegentlich gab es Polizeischikanen. Schlechtes Wetter und hungrige Tage wechselten mit atemberaubenden Landschaften und intensiven menschlichen Beziehungen. Der Historiker Andreas Berz hat das Reisetagebuch von Grimm ediert und gibt jetzt an einem Vortrag im Zürcher Bücherraum F Einblicke in eine zwar prekäre, aber auch selbstbestimmte und einst weitverbreitete Arbeits- und Lebensweise.

Mittwoch, 10. Juni, 19 Uhr, Bücherraum F, Jungstrasse 9, 8050 Franken.  
[www.buecherraumf.ch](http://www.buecherraumf.ch).

## Laboris-Preis Jetzt einreichen

Seit 2020 stiftet die Unia alle zwei Jahre Nachwuchspreise für herausragende wissenschaftliche Arbeiten im Bereich Arbeitssoziologie, industrielle Beziehungen und Gewerkschaftsforschung – allesamt Disziplinen, die in der Schweiz noch ein eher kümmerliches Dasein fristen. Beurteilt werden die Eingaben von einer Jury des Schweizer Netzwerks für Arbeitsforschung Laboris. Als Hauptpreis winken 4000 Franken.

Bewerbungsfrist ist der 30. Juni. Mehr Infos unter [www.laboris.work](http://www.laboris.work).

# Nach der IT-Panne haben die Arbeitslosenkassen aufgeholt, aber: «Die Mitarbeitenden sind nun müde und erschöpft»

**Anfang Jahr stellten die Arbeitslosenkassen auf ein neues IT-System um – Asal 2.0 –, es kam zur nationalen Riesenpanne mit Folgen bis heute. Gewisse Prozesse des Systems seien nach wie vor zu umständlich, sagt ALK-Chef Timur Öztürk.**

MARIA KÜNZLI

Asal 2.0 hat in den letzten Monaten vielen Menschen Kopfzerbrechen und schlaflose Nächte bereitet: Arbeitslosen, die auf ihr Geld warten mussten, und den Mitarbeitenden der Arbeitslosenkassen. Das neue IT-System, über das Arbeitslosenanträge vom RAV und sämtlichen Arbeitslosenkassen seit Anfang Januar bearbeitet werden, lief mit diversen Pannen an. Ein System, das eigentlich die Abläufe für sämtliche Betroffenen vereinfachen sollte, sorgte erst mal für Chaos und massive Verzögerungen bei den Auszahlungen. Viele Versicherte berichteten, dass sie ihr Arbeitslosengeld nicht bekommen hätten und deswegen in Zahlungsschwierigkeiten, etwa bei der Miete oder der Krankenkasse, geraten seien. Auch die Unia-Arbeitslosenkasse (ALK) – neben den kantonalen Trägern die grösste in der Schweiz – war von der Panne betroffen,

**«Das muss unverzüglich vom Seco angegangen werden.»**

UNIA-ALK-CHEF TIMUR ÖZTÜRK

So wurde bereits vor der Umstellung zusätzliches Personal eingestellt, das in Schulungen auf Asal 2.0 vorbereitet wurde. Timur Öztürk von der Unia-Geschäftsleitung und Chef der ALK, sagte im Februar gegenüber work: «Wir hatten keine wirklichen Probleme bei der Nutzung, auch wenn es noch einige Aspekte gibt, die verbessert werden müssen. Aber es ist auch klar, dass man angesichts einer Panne wie der aktuellen nicht viel ausrichten kann, trotz allen getroffenen Vorkehrungen.»

### MEHR PERSONAL NÖTIG

Wie sieht es heute aus, rund fünf Monate nach der Umstellung? Hat sich die Lage normalisiert? «Das System ist grundsätzlich stabil, und seit längerem erleben wir keine Systemausfälle mehr», sagt Timur Öztürk. Die Systemperformance habe sich ebenfalls merklich verbessert. «Die Kassen konnten einen grossen Teil der Rückstände abarbeiten

und konnten aber einiges mit Gegenmassnahmen abfedern, dank guter Vorbereitung und ausserordentlichem Einsatz der Unia-Mitarbeitenden.



**TURBULENTE ZEIT HINTER SICH:** Timur Öztürk und sein Team in der Unia-Arbeitslosenkasse mussten in den letzten Monaten viel Sondereffort leisten. FOTO: MANU FRIEDERICH

und haben laut Seco durchweg das Vorjahresniveau erreicht.» Aber: «Das ist den Kassen durch Sondereffort, Samstagseinsätze und Überstunden gelungen. Die Mitarbeitenden sind nun müde und erschöpft.» Als Folge mussten die Kassen mehr Personal einstellen. Einerseits, um die Angestellten zu entlasten, andererseits, weil Asal 2.0 aktuell ein höheres Arbeitspensum erfordert.

### UMSTÄNDLICHES SYSTEM

«Die grösste Problematik ist zurzeit, dass gewisse Prozesse des Systems viel zu umständlich sind und unnötige Zwischenschritte erfordern. Das muss zwingend unverzüglich vom Seco angegangen werden», sagt Timur Öztürk. Von einer «normalen Situation» könne deshalb noch nicht gesprochen werden.

Noch sind die Kassen mit dem neuen System also nicht gleich effizient wie mit dem alten. Timur Öztürk findet die Umstellung dennoch richtig und wichtig. «Das alte System war ein einfaches Eingabesystem. Die Mitarbeitenden hatten das ganze Regelwerk zu Ansprüchen und Zahlungen im Kopf. Dabei wurden natürlich zwangsläufig viele Flüchtigkeitsfehler und gröbere Fehler gemacht.» Beim neuen System sei das Regelwerk in die Prozesse integriert, was die Fehlerquote enorm

verringere. «Dafür muss die Sachbearbeiterin oder der Sachbearbeiter neu aber viele Daten pflegen, was die Prozesse umständlicher macht.» Das Ziel müsse deshalb sein, eine Vereinfachung zu erreichen, ohne dass auf die positiven Elemente des neuen Systems verzichtet werden müsse.

### SCHNELL UND UNKOMPLIZIERT

Arbeitslose, die noch immer auf ihr Geld warten, sollten unbedingt eine Reklamation bei der entsprechenden Stelle der Kasse einreichen und Vorschüsse beantragen. Die Arbeitslosenkasse der Unia etwa verfügt über ein Beschwerdemanagement. «Betroffene melden sich via Mail bei uns ([quality.alk@unia.ch](mailto:quality.alk@unia.ch)). Dann prüfen wir schnell und unkompliziert, weshalb es noch zu keiner Auszahlung kam», sagt Timur Öztürk.

Es sei aber auch wichtig zu erwähnen, dass nicht immer die Kasse oder die neue Software schuld seien, wenn noch kein Bescheid vorliege. «Es kann auch daran liegen, dass die Anspruchsabklärungen, die in der Regel 30 bis 45 Tage und bei komplexeren Fällen durchaus auch länger dauern, noch nicht abgeschlossen sind, zum Beispiel, weil noch Dokumente oder Informationen fehlen von Versicherten, Arbeitgebern oder anderen Behörden.»

## worklxl der wirtschaft

Noémie Zurlinden



## HÖHERE LÖHNE – ABER KEIN RICHTIGER GRUND ZUR FREUDE

Die neuen Daten des Bundesamtes für Statistik zeigen: Die Löhne stiegen 2025 um durchschnittlich 1,8 Prozent. Da die Teuerung – der durchschnittliche Anstieg der Preise – mit 0,2 Prozent letztes Jahr tief war, erhöhten sich die Löhne auch real um 1,6 Prozent. Das heisst, die Leute haben endlich wieder mehr Geld im Portemonnaie. Ein richtiger Grund zur Freude ist das aber noch nicht. Da die Lebenskosten in den letzten Jahren stark zunahmen und die Löhne mit diesem Anstieg nicht mithielten, gibt es noch immer einen Nachholbedarf. Seit 2016 stiegen die Reallöhne durchschnittlich bloss um mickrige 0,7 Prozent. In vielen Branchen sind die realen Löhne heute sogar tiefer als 2016: Die Leute können sich also weniger leisten als vor 10 Jahren.

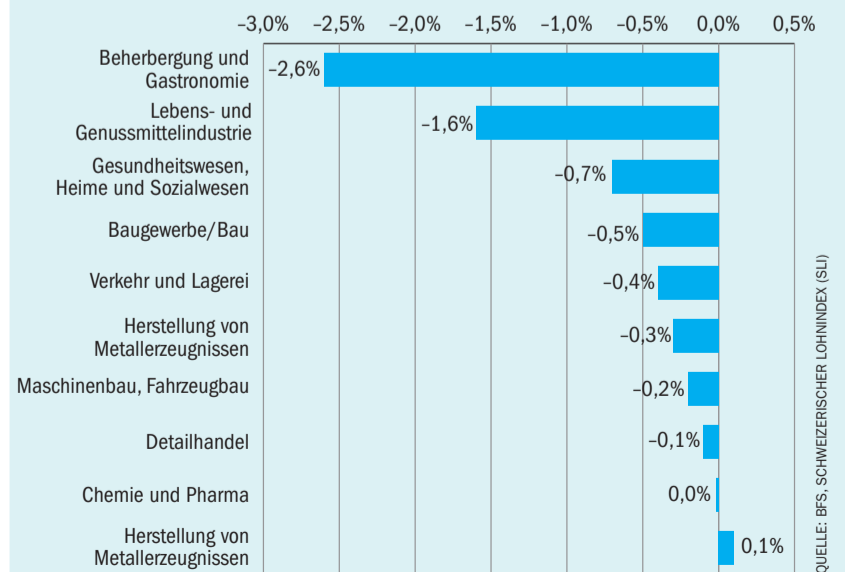
**OHNE PRÄMIEN.** Eigentlich sollten die Reallöhne gleich stark steigen wie die Produktivität. Diese stieg seit 2016 um mehr als 12 Prozent, also viel stärker als die Reallöhne.

Die Arbeitnehmenden werden also immer produktiver. Davon haben sie aber nichts. Stattdessen wird die von ihnen erwirtschaftete Wertschöpfung an die Besitzenden umverteilt. Zusätzlich sind die immer weiter steigenden Krankenkassenprämien eine riesige Belastung. In den letzten drei Jahren stieg die durchschnittliche Prämie für die obligatorische Krankenversicherung jährlich zwischen fast 5,5 und über 8 Prozent. Da die Krankenkassenprämien in der Teuerung nicht berücksichtigt werden, ist der Kaufkraftverlust der letzten Jahre in Wirklichkeit noch viel grösser.

**GAV SEI DANK.** Immerhin haben sich die Löhne für Arbeitnehmende mit Gesamtarbeitsverträgen (GAV) besser entwickelt. Im Gegensatz zu den restlichen Löhnen haben die GAV-Löhne die Verluste der letzten Jahre wieder aufgeholt. Gewerkschaften und kollektive Verhandlungen ermöglichen also reale Verbesserungen der Löhne.

### Diese Búezerinnen haben am wenigsten im Sack

Reallohnverluste nach Branche 2016 bis 2025



Dieses Jahr haben wir es wieder mit einer höheren Teuerung zu tun. Und eine Entspannung bei den Krankenkassenprämien ist nicht in Sicht. Die Arbeitgeber müssen endlich den

Ernst der Lage anerkennen – es braucht signifikante Lohnerhöhungen für alle!

Noémie Zurlinden ist Ökonomin bei der Unia.



**SPEICHELLECKER IM OVAL OFFICE: Top-Unternehmer aus der Schweiz schleimen sich bei Donald Trump ein.**

FOTO: KEYSTONE; QUELLE: MSC; ROLEX; PARTNERS GROUP; MERCURIA; RICHEMONT; MKS PAMP

# Studie zur Macht der Arbeitgeberverbände Schweizer Bosse neu vermessen

**Die Verbände der Arbeitgeber sind nicht machtloser geworden, aber die Macht hat sich verschoben. Zum Teil massiv. Ex-Unia-Co-Präsident Andreas Rieger hat seine Untersuchung der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände aktualisiert.**

CLEMENS STUDER

Wenn die grösste List des Teufels darin besteht, die Welt davon zu überzeugen, er existiere nicht, so ist es eine grosse List des organisierten Kapitals, so zu tun, als würde es schwächeln. Der vermeintliche schwindende Einfluss der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in der Schweiz ist immer mal wieder Thema in den bürgerlichen Zeitungen und Anlass für leichte Häme unter fortschrittlichen Politikerinnen und Gewerkschaftern. Nicht zu letzteren gehört Andreas



**KRITISCH: Andreas Rieger.** FOTO: UNIA

Rieger. Der ehemalige Unia-Co-Präsident hat seine Untersuchung der Arbeitgeberverbände nach fünf Jahren aktualisiert.

## OVAL OFFICE ALS BRENNGLAS

Im Sommer 2025 verhängten die USA gegenüber der Schweiz Zölle von 39 Prozent. Wirtschaftsminister Guy Parmelin flog daraufhin nach Washington, begleitet vom «Team Switzerland»: Vertretern von Partners Group, Roche, Mercuria und der Swiss. Economiesuisse blieb zu Hause. Swissemem auch. Am 5. November 2025 empfing Donald Trump fünf Schweizer Top-Unternehmer aus der Uhren-, Rohstoff- und Finanzbranche persönlich im Oval Office. Kein Verbandspräsident war darunter. Gewerkschaftsvertreter waren erst recht nicht erwünscht. Die Männer machten Deals, deren Folgen die Politik nun auslöffen muss. Die Szene könnte als Beleg für das Ende der Verbandsära herhalten, doch Rieger erklärt analytisch präzise, warum er das anders sieht.

## NICHT EROSION, SONDERN UMBAU

Die Grundthese des aktualisierten Working-Papers: Die Arbeitgeberverbände sind nicht erodiert, aber die Macht hat sich verschoben. Rieger belegt das mit Zahlen: Der Organisationsgrad liegt nach OECD-Zahlen bei rund 60 Prozent, ge-

messen an den Beschäftigten in Mitgliedsfirmen, was im Vergleich zu 1980 ein leichtes Wachstum bedeutet. Doch dieses stabile Gesamtbild verdeckt erhebliche Verschiebungen. Die Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie, jahrzehntelang das Gravitationszentrum, hat an Einfluss verloren. Swissemem zählt heute noch 95 000 GAV-Unterstellte, halb so viele wie 1980. Dass der Verband im Washington-Team fehlte, wäre früher «ein Ding der Unmöglichkeit» gewesen. An die Stelle von Swissemem sind andere getreten: Die Pharmaindustrie dominiert Economiesuisse zunehmend, die Uhrenbranche wächst, und der Rohstoffhandel trägt massiv zum BIP bei, obwohl er nur 10 000 Personen beschäftigt. Es gibt nicht weniger Verbände, sondern andere Gewichte in anderen Arenen.

## «ZENTRAKKOMITEE» UNTER DRUCK

Den eindrücklichsten Befund liefert Rieger zu Economiesuisse. Einst als «Zentralkomitee des Kapitals» bekannt, das die Interessen bündelte, ist die Organisation heute kaum mehr wiederzuerkennen. Die Verlustliste der letzten Jahre ist lang: Abzocker- (2013), Masseneinwanderungs- (2014) und 13.-AHV-Initiative (2024), dazu die Unternehmenssteuerreform III (2017) und die BVG-Reform (2024). Fünf kapitale Niederlagen in elf Jahren. Rieger wertet das primär als Strukturproblem: Die Interessensätze im Kapitallager haben sich verschärft – Binnenwirtschaft gegen Weltmarkt, Werkplatz gegen Finanzplatz, KMU gegen Multis. Was früher im Vorstand ausdiskutiert wurde, bricht heute offen auf, besonders in der Europafrage. Das Bild des geschlossenen Blocks ist Geschichte. Doch daraus folgt keine Bedeutungslosigkeit: In der Branchenregulierung, in Parlamentskommissionen und der Berufsbildung bleiben die Verbände jenseits der Volksabstimmungen höchst wirksam.

## MÄCHTIGER ROHSTOFFHANDEL

Eines der aufschlussreichsten Kapitel widmet sich dem Rohstoffhandel, der in der Erstfassung von 2021 kaum vorkam. Suisseco vereint über 200 Mitgliedsfirmen, darunter Cargill, Vitrol, Gunvor, Trafigura und Louis Dreyfus. Nicht im Verband sind Glencore (seit 2024 bei Economiesuisse) und Mercuria. Was diese Branche politisch umtreibt, ist einfach: Regulierungen und Steuern vermeiden. Als die USA Zölle aufbrummen, forderte Suisseco sofort ein Moratorium bei der

OECD-Mindeststeuer und allgemeine Steuersenkungen.

## DER «GEWERKSCHAFTS-FAKTOR»

Rieger macht klar: Die Rückkehr des Arbeitgeberverbands (SAV) zur Sozialpartnerschaft war kein Akt plötzlicher Einsicht, sondern Resultat eines harten Machtkampfs. Die Ära unter Valentin Vogt (2013–2018) markierte den Versuch, durch eine Allianz mit der SVP die Gewerkschaften ins Abseits zu drängen und einen rechtsbürgerlichen Kurs durchzuziehen. Dass dies scheiterte, lag laut Rieger primär an der «erneuten politischen Erstarkung der Gewerkschaften». Mit ihrer wiedergewonnenen Referendumsmacht zwangen sie die Arbeitgeber zurück an den Verhandlungstisch. In der direkten Konfrontation an der Urne fehlen den Verbänden oft die gesellschaftlichen Mehrheiten. Die Sozialpartnerschaft erweist sich so als pragmatisches Krisenmanagement, das erst dann wieder floriert, wenn das Drohpotential der Gewerkschaften gross genug ist.

## STARK, WO MAN SIE NICHT SIEHT

Die Verbände sind stark im Hintergrund: in Parlamentskommissionen, der dualen Berufsbildung oder der Verwaltung von Sozialkassen. Schwächer ist die Macht dort, wo sie sichtbar wird: bei Volksabstimmungen. Und in der globalen Arena. Während Economiesuisse in Brüssel lediglich zwei Stellen unterhält, betreiben Grosskonzerne dort und in Washington Lobbying in Millionenhöhe. Allein Roche investiert in den USA 11,4 Millionen Dollar. Laut Rieger ist das Schweizer Lobby-Budget in den USA «auf einem Allzeitrekord», da die Firmen realisiert haben, dass sie sich nicht mehr allein auf die Diplomatie des Bundesrats verlassen können.

## IM DUNKELN MUNKELN

Riegers schärfste Kritik am Ende seiner Analyse richtet sich gegen die «fast lächerliche» Transparenz in der Schweiz im Vergleich zur EU. Da ein systematisches «Lobby-Watching» hierzulande kaum existiert, werde die reale Macht der Grossunternehmen meist unterschätzt. Während Verbandspositionen öffentlich bekannt sind, bleibt das direkte Wirken der Firmen in Bern, Brüssel oder Washington im Dunkeln. Das ist ein Problem für alle, die Gegengewichte zu dieser Macht organisieren wollen. Die Studie von Andreas Rieger trägt zur Lösung dieses Problems bei. Sie kann unter [rebrand.ly/macht-der-bosse](https://rebrand.ly/macht-der-bosse) heruntergeladen werden.

Eine wesentlich ausführlichere Fassung dieses Artikels finden Sie auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch).

## Ungesunde Idee Arbeiten wie in der Schweiz?

**Deutsche Arbeitgeber wollen so lange arbeiten lassen wie ihre Schweizer Kollegen. Das ist eine ganz schlechte Idee für die Lohnabhängigen, wie eine Analyse der Böckler-Stiftung zeigt, an der Unia-Ökonomin Noémie Zurlinden mitgearbeitet hat.**

CLEMENS STUDER

Deutschland diskutiert, wer für die lähmende Konjunktur verantwortlich ist. Für Politikerinnen und Politiker von CDU über Grüne bis SPD ist klar: Es sind die Arbeitenden. SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas plant eine Gesetzesänderung, die Arbeitstage von bis 13 Stunden normalisieren will. Als Vorbild für höhere Arbeitszeiten und «mehr Flexibilität» gilt den Deutschen die Schweiz. Die Gewerkschaften geben Gegensteuer. Und sie haben sehr gute Argumente.

Auch dank Unia-Ökonomin Noémie Zurlinden. Sie hat gemeinsam mit Bettina Kohlrausch eine Analyse publiziert unter



**ANALYTISCH: Unia-Frau Noémie Zurlinden.**  
FOTO: UNIA

dem sprechenden Titel «Arbeitszeitflexibilisierung und lange Erwerbsarbeitszeiten: Warum die Schweiz kein Vorbild ist» (hier herunterladen: [rebrand.ly/schlechtes-vorbild](https://rebrand.ly/schlechtes-vorbild)). Kohlrausch ist wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Die deutschen Medien strafte die Studie grossmehrheitlich mit Nichtbeachtung. Dabei ist sie eine lohnende Lektüre. Auch in der Schweiz.

## EINIGE ZENTRALE ERKENNTNISSE:

● **Hohe Vollzeitnorm erzeugt Teilzeit:** Eine durchschnittliche Norm-Arbeitszeit von 41,7 Stunden zwingt vor allem Frauen in die Teilzeit, da sich diese hohen Präsenzzeiten kaum mit der unbezahlten Sorgearbeit vereinbaren lassen. Die Schweiz hat deshalb trotz (oder wegen) langer Arbeitszeiten eine höhere Teilzeitquote als Deutschland.

● **Frauen tragen die grösste Last:** Rechnet man bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit zusammen, leisten Frauen in der Schweiz durchschnittlich 57,2 Stunden Arbeit pro

## Menschen mit kürzeren Stundenzahlen arbeiten effektiver.

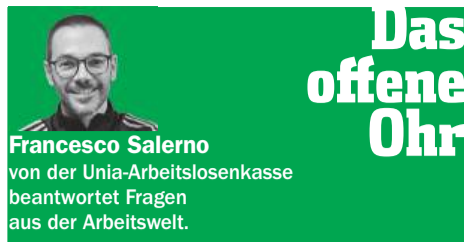
Woche. Damit arbeiten sie mehr als Schweizer Männer (54,3 Stunden) und auch mehr als Frauen in Deutschland (54 Stunden). In beiden untersuchten Ländern

arbeiten die Frauen nicht nur mehr, sondern vor allem auch mehr unbezahlt.

● **Zunahme von Stress und Erschöpfung:** Lange Arbeitszeiten führen zu einer gefährlichen Entgrenzung: 29 Prozent der Schweizer Beschäftigten arbeiten regelmässig in ihrer Freizeit. Die emotionale Erschöpfung stieg seit 2014 auf über 30 Prozent an, was der Schweizer Wirtschaft allein 2022 rund 6,5 Milliarden Franken an stressbedingten Kosten verursachte.

● **Länger heisst nicht mehr und besser:** Die Annahme, längere Arbeitszeiten würden die Wirtschaft ankurbeln, ist eine ideologische Behauptung. Studien zeigen im Gegenteil, dass Übermüdung zu mehr Fehlern führt und Menschen bei kürzeren Stundenzahlen tendenziell effektiver und fehlerfreier arbeiten.

Eine wesentlich ausführlichere Fassung dieses Artikels finden Sie auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch).



Das offene Ohr

Francesco Salerno von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

## Zwischenverdienst: Zu viel angerechnet?

Ich habe per Ende November 2025 meine Arbeitsstelle verloren. Daraufhin habe ich mich auf den 1. Dezember 2025 bei der Arbeitslosenkasse zum Bezug von Arbeitslosenentschädigung angemeldet. Am 26. März 2026 konnte ich mit einem Temporärbüro einen befristeten Einsatzvertrag ab dem 1. April 2026 unterzeichnen. Gemäss diesem wurde ich für ein Arbeitspensum von 20 Stunden in der Woche angestellt. Im April hat mich die Firma, in der ich arbeite, aber weniger als 20 Stunden in der Woche eingesetzt. Die Arbeitslosenkasse hat nun aber als Zwischenverdienst einen Betrag für den April angerechnet, der den zugesicherten Stunden entspricht und somit höher ist als der Betrag, den ich effektiv verdient habe. Darf sie das?

FRANCESCO SALERNO: Ja. Der Einsatzvertrag untersteht dem Arbeitsvermittlungsgesetz, gemäss dem das Temporärbüro mit der arbeitnehmenden Per-



TEMPORÄRARBEIT: Was passiert, wenn man zu wenig eingesetzt wird? FOTO: CANVA

son grundsätzlich einen schriftlichen Vertrag abschliessen muss. In diesem Vertrag sind u. a. die Arbeitszeit sowie der Lohn geregelt. Die Vereinbarung der Arbeitszeit dient dazu, dass die arbeitnehmende Person klar erkennen kann, in welchem Umfang sie arbeiten und mit welchem Verdienst sie rechnen kann. Wenn Sie der Einsatzbetrieb nun nicht im vertraglich vereinbarten Umfang einsetzt, ist die Arbeitslosenkasse trotzdem verpflichtet, mindestens die vertraglich zugesicherten Stunden als Zwischenverdienst anzurechnen – denn Sie haben Anspruch auf diesen Verdienst (siehe Frage unten). Entsteht beim Arbeitgeber ein wirtschaftlicher Schaden, zum Beispiel durch einen Auftragsrückgang, ist dies nicht durch die Arbeitslosenkasse zu tragen.

## Temporär: Weniger als im Vertrag

Wenn die Arbeitslosenkasse mir einen Zwischenverdienst anrechnet, den ich in dieser Höhe gar nicht verdient habe, fehlt mir Geld. Wie muss ich vorgehen, um diese für mich schwierige finanzielle Situation zu lösen?

FRANCESCO SALERNO: Gemäss Obligationenrecht muss der Arbeitgeber Ihnen den zugesicherten Lohn auszahlen, ohne dass Sie zur Nachleistung verpflichtet sind, wenn die Arbeit infolge Verschuldens des Arbeitgebers nicht geleistet werden kann oder dieser aus anderen Gründen mit der Annahme der Arbeitsleistung in Verzug kommt. Voraussetzung dafür ist, dass Sie sich für die zugesicherten Arbeitsstunden anbieten und dem Arbeitgeber melden, falls Sie zu wenig eingesetzt werden. Es ist auch wichtig, dass Sie dies unverzüglich dem Temporärbüro melden. Dieses vergütet nämlich nur die nachgewiesenen Arbeitsstunden, es sei denn, dass Sie nachweisen können, dass die Firma, in der Sie arbeiten, Sie zu wenig eingesetzt hat, obwohl Sie sich angeboten haben. Allfällige Lohnforderungen gegenüber dem Arbeitgeber bzw. dem Temporärbüro müssen durch Sie selber durchgesetzt werden.

Welcher Beruf soll es sein? work zeigt dir, wie du eine Schnupperlehre

# Schnuppere dich zu deinem

**Der Berufswahlprozess ist für viele Jugendliche nicht einfach: Wer bin ich? Was kann ich gut? Was interessiert mich? In einer Schnupperlehre können Schülerinnen und Schüler für einen oder mehrere Tage in einen bestimmten Beruf eintauchen. Tipps, Tricks und Wissenswertes rund ums Schnuppern.**

MARIA KÜNZLI

Möchtest du gerne mit Menschen arbeiten? Oder zieht es dich in einen handwerklichen Beruf? Vielleicht ist Chemie dein Lieblingsfach, und du kannst dir vorstellen, einmal in einem Labor zu arbeiten? Oder hast du noch überhaupt keine Ahnung, was du später einmal arbeiten willst? Das geht vielen Jugendlichen so. Herausfinden, welcher Beruf der richtige ist, ist gar nicht so einfach. Es braucht Zeit und Geduld. Sicher ist aber: Die meisten treffen die Berufswahl nicht von zu Hause aus, sondern beim Schnuppern. Vielleicht braucht es dafür zwei, vielleicht zehn, vielleicht zwanzig Schnupperlehren oder -tage. Wenn es dann aber plötzlich «Klick» macht und dir klar ist: genau das will ich machen, dann hast du es geschafft. Deshalb nutze die Chance, die Betriebe, die dich interessieren, kennenzulernen. Schnuppererfahrung kommt auch bei den Lehrbetrieben gut an. Denn damit signalisierst du bei einer Lehrstellenbewerbung, dass du dich intensiv mit deiner Berufswahl auseinandergesetzt hast und nun genau weisst, was du willst. Was du rund ums Schnuppern wissen solltest:

**RECHTLICHES.** Grundsätzlich darfst du eine Schnupperlehre machen, sobald dein 13. Geburtstag hinter dir liegt. Wenn du während der Schulferien einen Betrieb kennlernst, darf die Schnupperlehre höchstens die

Hälfte der Ferien in Anspruch nehmen, und eine einzelne Schnupperlehre darf nicht länger als zwei Wochen dauern. Du darfst nicht mehr als 8 Stunden pro Tag und 40 Stunden pro Woche schnuppern und nicht zu anderen Zeiten als zwischen 6 und 18 Uhr. Diese Dinge sind in der Jugendarbeitsschutzverordnung geregelt. Eine allgemeingültige Regelung für Schnupperlehren, zum Beispiel, was die Entlohnung oder die Übernahme von Fahrkosten betrifft, gibt es nicht, weder auf Bundes- noch auf Kantons-ebene. Richtlinien und Empfehlungen sind Sache der einzelnen Berufsverbände. Für die Unia ist aber klar: Der Betrieb sollte zumindest die Fahrt- und Verpflegungskosten übernehmen. Wenn eine Schnupperlehre eine Woche oder länger dauert, ist auch eine Vergütung angebracht.

**VERSICHERT?** Gemäss Unfallversicherungsgesetz (UVG) sind Jugendliche, die eine Schnupperlehre absolvieren, obligatorisch gegen Unfälle versichert. Der Betrieb muss die Arbeitssicherheit von Jugendlichen in der Schnupperlehre gewährleisten.

**ZWECK.** Es gibt zwei Arten von Schnupperlehren: jene, bei denen es einfach darum geht, einen Beruf kennenzulernen, und jene, die im Rahmen einer konkreten Lehrstellenbewerbung stattfinden, um abzuklären, ob Bewerbende und Betrieb zusammenpassen und ob eine grundsätzliche Eignung für den Beruf da ist. Falls du dir unsicher bist, um welche Art von Schnupperlehre es sich handelt, frag im voraus nach! Dann gibt es keine Missverständnisse.

**KONTAKTE NUTZEN.** Kennst du oder deine Eltern jemanden, der in deinem Traumberuf arbeitet? Persönliche Kontakte sind immer die besten. Nutze sie! Es kann nur von Vorteil sein, im Betrieb, bei dem man sich bewirbt, schon jemanden zu kennen.

**ERSTKONTAKT.** Ist ein Beruf ausgemacht, in dem du schnuppern möchtest, und hast du einen Betrieb gefunden, der dich interessiert (siehe Spalte rechts), kannst



### WORKTIPP

## SCHAUEND ZUM TRAUMJOB

Eine weitere Möglichkeit, um mehr über einen bestimmten Beruf zu erfahren, sind Videos, in denen Lernende oder Ausgebildete Einblick in ihren Berufsalltag geben. Rund 400 Videos (eigene und von SRF school) sind auf der Website der Berufsberatung abrufbar ([rebrand.ly/biz-videos](http://rebrand.ly/biz-videos)). Das Portal von SRF school findest du hier: [rebrand.ly/srf-school](http://rebrand.ly/srf-school). Die Website des Vereins «Lehrberufe Live!» präsentiert rund 200 verschiedene Berufsbilder. Während interaktiver Live-Streams können Schülerinnen und Schüler den Lehrbetrieben direkt Fragen stellen ([lehrberufe-live.ch](http://lehrberufe-live.ch)). (mk)

du dich um eine Schnupperlehre bewerben. Am besten ist es, sich telefonisch bei der Firma zu melden und sich zu erkundigen, ob eine Schnupperlehre angeboten wird. Dann kannst du auch gleich

fragen, welche Unterlagen verlangt werden – da gibt es grosse Unterschiede: Manchen Betrieben reicht ein einfacher Lebenslauf, andere benötigen die Zeugnisse der letzten zwei Jahre und die Bestätigungs- oder Bewertungsblätter vergangener Schnuppereinsätze. Es kann auch sein, dass du ein Motivationsschreiben verfassen musst, warum du gerade in diesem Beruf und weshalb du gerade bei diesem Betrieb schnuppern möchtest. Die Berufsberatung stellt eine praktische Checkliste zur Verfügung, die hilft, das Telefonat gut über die Bühne zu bringen ([rebrand.ly/telefongespräch](http://rebrand.ly/telefongespräch)). Falls dich das Telefonieren trotzdem zu viel Überwindung kostet, kannst du ein Mail schrei-

findest und wie du dich darauf vorbereitest

# Traumberuf!

### SCHNUPPERLEHRE SUCHEN

## FÜNDIG IM WEB

Eine Schnupperlehre findet sich am einfachsten, wenn du oder deine Eltern jemanden kennen, der in diesem Beruf oder in dem Betrieb, der dich interessiert, arbeitet. Es geht aber auch anders: Ausgeschriebene Schnupperlehren findest du unter [www.yousty.ch](http://www.yousty.ch) (Direktlink: [rebrand.ly/yousty-schnupperlehren](http://rebrand.ly/yousty-schnupperlehren)). Dort siehst du auch gleich, ob und ab wann der Betrieb eine Lehrstelle anbietet. Die Seite [berufsberatung.ch](http://berufsberatung.ch) stellt eine Liste mit Betrieben zur Verfügung, die für Schnupperlehren angefragt werden können (Direktlink: [rebrand.ly/kontakte-schnupperlehren](http://rebrand.ly/kontakte-schnupperlehren)). Auf der Plattform [schnuppy.ch](http://schnuppy.ch), einer Non-Profit Organisation, die von Gewerbe und Schulen initiiert wurde, können Betriebe Inserate für Schnupperangebote erstellen. Jugendliche müssen sich registrieren und können danach die Angebote einsehen. Das Angebot ist zurzeit in den Kantonen Zürich, Aargau, Thurgau, Schaffhausen, Zug und in Teilen der Kantone St. Gallen und Schwyz verfügbar. Weitere Regionen sind in Planung. Manche Betriebe schreiben ihre Schnupperangebote auch direkt auf der eigenen Website aus. (mk)

ben und auf diesem Weg nachfragen, welche Unterlagen du einschicken sollst. Es gibt auch Betriebe, die nur Onlineanfragen wünschen.

**VORBEREITUNG.** Es ergibt Sinn, sich vor dem Schnuppern ein wenig vorzubereiten. Um was für ein Unternehmen handelt es sich? Notiere dir ein paar Fragen, die du zum Beruf, zur Ausbildung oder zum Betrieb stellen möchtest, und überlege dir eine Antwort auf die Frage, was dich an dem Beruf besonders interessiert und warum du dir vorstellen könntest, in diesem Bereich zu arbeiten.

**ALTERNATIVEN.** Manchmal ist es schwierig, eine Schnupperlehre zu

finden, sei es, weil der Beruf sehr beliebt ist oder weil es nicht viele Betriebe in der betreffenden Branche gibt.

Es gibt noch andere Wege, sich mit einem Beruf auseinanderzusetzen. Besuche Berufs- und Ausbildungsmessen sowie Infoveranstaltungen. Alle vom Berufsinformationszentrum (BIZ) organisierten Veranstaltungen finden sich über diesen Link: [rebrand.ly/infoveranstaltungen](http://rebrand.ly/infoveranstaltungen). Sprich mit Personen, die deinen Traumberuf ausüben, und frag sie Löcher in den Bauch – auch so kann man einen Beruf kennenlernen. Wenn du niemanden kennst, kannst du auch in Betrieben nachfragen, ob jemand bereit wäre, dir Auskunft zu geben.

HANDWERK: Finde beim Schnuppern heraus, ob dieser Beruf zu dir passt. FOTO: SHUTTERSTOCK



SCHWANGER AUF DER ARBEIT: work zeigt auf, welche besonderen Rechte Ihnen in dieser Zeit zustehen. FOTO: ISTOCK

## Als werdende Mutter sind Sie im Schwanger? Diese

**Das Arbeitsrecht schützt Schwangere in ihrer besonderen Situation. 5 wichtige Punkte, die werdende Mütter – und Väter – kennen sollten.**

MARIA KÜNZLI

**1. KEINE INFORMATIONSPLICHT** Schwanger zu sein stellt erst mal alles auf den Kopf – und mit der Freude schleicht sich die Angst ein: Kommt alles gut? Ist das Kind gesund? Gerade in den ersten drei Monaten behalten deshalb viele werdende Eltern die Schwangerschaft für sich. Das können Sie auch bei der Arbeit tun: Sie sind nicht verpflichtet, Ihre Chefin oder Ihren Chef zu informieren. Allerdings kann nur auf Ihren Zustand Rücksicht genommen werden, wenn der Arbeitgeber

Kennntnis davon hat. Sie sollten also spätestens dann mit offenen Karten spielen, wenn Sie Schonung brauchen oder Ihre Arbeit nicht mehr wie gewohnt erledigen können.

### 2. KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Schwangere Frauen und frischgebackene Mütter sind vor Kündigung geschützt: Während der Schwangerschaft und bis 16 Wochen nach der Geburt dürfen Sie nicht entlassen werden. Wurde die Kündigung vor der Schwangerschaft ausgesprochen, wird die Kündigungsfrist unterbrochen und läuft erst nach Ablauf von 16 Wochen nach der Geburt weiter.

### 3. BESCHWERLICHE ARBEIT

Bestimmte Arbeiten werden vom Gesetz als beschwerlich

Arbeitsleben in vielen Bereichen geschützt

## 5 Rechte sollten Sie kennen!

eingestuft. Von Schwangeren und Stillenden dürfen sie deshalb nicht ausgeführt werden. Zählt eine solche Arbeit zu Ihren üblichen Aufgaben, muss Ihnen

### Das Gesetz regelt, welche Arbeiten zu beschwerlich sind.

der Betrieb eine weniger belastende, aber gleichwertige Arbeit anbietet. Ist das nicht möglich, haben Sie das Recht, bei 80 Prozent des Lohns zu Hause zu bleiben. Die Mutterschutzverordnung listet Arbeiten auf, die als beschwerlich gelten ([rebrand.ly/mutterschutzverordnung](http://rebrand.ly/mutterschutzverordnung)). Ist eine Arbeit in der Mutterschutzverordnung nicht als beschwerlich eingestuft, wird von der Schwangeren aber so empfunden, ist der Betrieb ebenfalls in

der Pflicht, für Entlastung zu sorgen.

### 4. ARBEITSZEIT

Es ist nicht nur geregelt, welche Arbeiten für Schwangere nicht zumutbar sind: auch bei der Arbeitsdauer nimmt das Gesetz auf Schwangere Rücksicht. So darf die Arbeitgeberin beispielsweise nicht verlangen, dass Sie mehr als 9 Stunden pro Tag arbeiten. Auch dann nicht, wenn im Arbeitsvertrag eine längere Dauer vereinbart ist. Ab der 8. Woche vor dem errechneten Geburtstermin dürfen Sie zwischen 20 und 6 Uhr nicht beschäftigt werden, Nachtschichten sind also verboten. Kann Ihnen die Firma keine gleichwertige Ersatzarbeit anbieten, haben Sie Anspruch auf 80 Prozent des Lohns. Frauen, die bei

der Arbeit vorwiegend stehend oder gehend arbeiten, müssen ab dem 4. Schwangerschaftsmonat eine tägliche Ruhezeit von 12 Stunden einhalten und dürfen alle 2 Stunden eine zusätzliche bezahlte Pause von 10 Minuten einlegen. Ab dem 6. Monat dürfen Schwangere höchstens 4 Stunden pro Tag arbeiten verrichten, die stehend oder gehend erledigt werden müssen.

**5. STILLEN AM ARBEITSPLATZ** Möchten Sie auch nach der Rückkehr zur Arbeit weiterstillen, haben Sie Anspruch auf bezahlte freie Zeit, um während der Arbeitszeit zu stillen oder Milch abzupumpen. Falls Sie das im Betrieb machen möchten, muss Ihnen ein geeigneter Raum zur Verfügung gestellt werden.

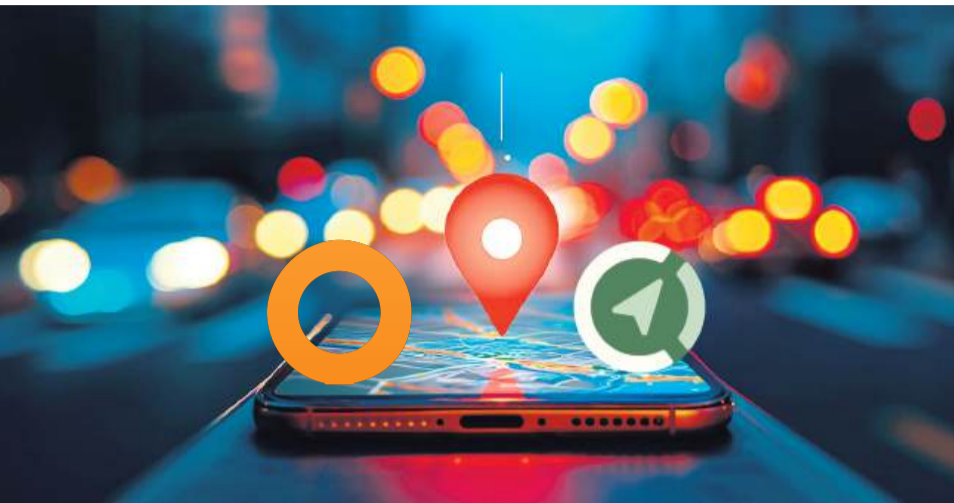
### MUTTERSCHAFTSURLAUB

## PENSUM BEHALTEN!

Während des Mutterschaftsurlaubs haben Sie Anspruch auf 80 Prozent des Lohns, höchstens aber 220 Franken pro Tag ([rebrand.ly/mutterschaftentschaedigung](http://rebrand.ly/mutterschaftentschaedigung)). Der Mutterschaftsurlaub dauert 14 Wochen. Der Erwerbsersatz wird auf Basis des Lohnes vor der Geburt errechnet. Reduzieren Sie Ihr Pensum also auf keinen Fall während der Schwangerschaft! Ist Ihnen das Pensum in der Schwangerschaft zu hoch, kann Sie Ihre Ärztin aus gesundheitlichen Gründen teilweise krank schreiben. (mk)

## saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



DAFÜR UND DAWIDER: Google Maps führt Sie ans Ziel, spioniert Sie aber auch aus. FOTO: 123RF

## Handy: Diese Karten-Apps sind keine Datenspione

Google Maps ist praktisch, um sich in fremden Gegenden zurechtzufinden und bei der korrekten Adresse anzukommen. Der Nachteil: Bei der Anwendung übermittelt die App fortlaufend die Standortdaten des Benutzers an Google. Besser machen es die Apps Comaps und Osmand. Sie setzen auf frei verfügbares Kartenmaterial und auf Open-Source-Software – also Programme, deren Quellcode öffentlich einsehbar ist.

**GEHT AUCH OFFLINE.** Die Apps kommen ohne Benutzerkonto und Werbung aus. Beide Hersteller versprechen, keine Personendaten zu speichern. Ein grosser Unterschied zu Google Maps: Sie laden die gewünschten Kartenausschnitte im Voraus herunter. So können Sie **Comaps und Osmand** die Navigation auch ohne Internet nutzen. **nutzen frei verfügbares Kartenmaterial.** In unserer Stichprobe funktionierte die Ortung mit beiden Apps zuverlässig. Die Orientierung war in der Stadt wie auch im Gelände gut. Zudem waren Wege für Fussgänger zu finden, die bei Google Maps nicht verzeichnet sind. Infos zu Restaurants, Parks und Ähnliches stammen wie bei Wikipedia von Freiwilligen und sind unterschiedlich aktuell.

**UNTERSCHIEDE.** Comaps ist leicht zu handhaben. Für eine unkomplizierte Navigation vor allem zu Fuss ist die App gut geeignet. Osmand ist dafür deutlich umfangreicher: Sie können Routen für Velo, Auto, öffentlichen Verkehr und zu Fuss berechnen. Von Osmand gibt es auch eine kostenpflichtige Premiumversion für 6 Franken pro Monat. Darin können Sie unter anderem Wikipedia-Inhalte, Reiseführer oder Wetterdaten herunterladen und direkt auf der Karte anzeigen.

**NACHTEILE.** Die Apps bieten keine Live-Infos wie Staumeldungen und haben keine Satelliten- und 3D-Ansicht. THOMAS SCHWENDENER

## Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Die grosse Maschine

**Neulich wollte mein Chef, dass ich mit einer grossen Bandschleifmaschine arbeite. Ich fühle mich aber noch nicht sicher genug. Wie soll ich reagieren?**

«Du musst das deinem Chef offen sagen. In der Lehre bist du da, um zu lernen – aber dein Betrieb hat auch die gesetzliche Pflicht, deine Gesundheit zu schützen. Bevor du eine potentiell gefährliche Maschine benutzt, hast du das Recht auf klare Erklärungen, eine Vorführung, genügend Betreuung und die passende Schutzausrüstung. Bei Gefahr oder wenn eine Arbeit unsicher erscheint, haben Arbeitnehmende – auch Lernende – das Recht, Stop zu sagen und die Arbeit zu unterbrechen, bis die Situation wieder sicher ist. Wenn dein Berufsbildner trotzdem Druck

macht, erkläre ruhig, was dir noch fehlt, um sicher arbeiten zu können (Erklärungen, Begleitung, Übung oder Schutzausrüstung). Du kannst auch verlangen, dass eine qualifizierte Person während der Arbeit bei dir bleibt. Falls solche Situationen häufiger vorkommen, notiere dir Datum und Vorfälle und sprich mit deiner Berufsfachschule, dem Lehrlingsinspektorat, dem Berufsbildungsamt oder deiner Gewerkschaft darüber. Lernende dürfen nicht gefährdet werden.»



Felicia Fasel, Jugendsekretärin.

**Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?** Schreib an [jugend@unia.ch](mailto:jugend@unia.ch).



**WORKLESERFOTO**



**Schaffhausen und München auf Tuchfühlung**

WANN 25. April 2026

WO Auf dem Bodensee

WAS Völkerverständigung an der internationalen Flottensternfahrt

Eingesandt von Urs Oskar Keller, Landschlacht am Bodensee TG

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**WORKPOST**



**WORK 6 / 30.4.2026: DAS WAHRE ZIEL DER CHAOS-INITIATIVE**

**Mogelpackung!**

Was in schönen Worten daherkommt, besteht den Lackmустest nicht. Wer möchte denn keine nachhaltige Entwicklung, wie es im Initiativtext steht: «...insbesondere zum Schutz der Umwelt und im Interesse der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen...» Wenn ich auf die letzten Jahre zurückblicke, wurde von den Initianten ein Grossteil der Massnahmen zum Schutz von Boden, Wasser und Luft bei Abstimmungen und im Parlament abgelehnt. Wo war da die Nachhaltigkeit? «Keine 10-Millionen-Schweiz» ist eine Mogelpackung. Im Initiativtext steht: «Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einem Aufenthaltstitel für mindestens 12 Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens 12 Monaten.» Menschen, die sich 365 Tage minus 1 Tag in der

Schweiz aufhalten, werden nicht gezählt. Früher hiess dies Saisonnierstatut. Diese Kategorie ohne Rechte, ohne Familie braucht wohl keine Wohnungen, generell keine Infrastruktur? Die Initianten haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass ihnen solche Zustände vorschweben. Die flankierenden Massnahmen (Lohnschutz) und die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen sind diesen Damen und Herren seit je ein Dorn im Auge. Sie wollen möglichst freie Hand für alles, was ihnen nutzt. Schweizer Politikerinnen und Politiker sind im allgemeinen eher zurückhaltend, wenn es darum geht, Empfehlungen betreffend ausländische Ereignisse abzugeben. Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen wagten sich doch tatsächlich einige aus dem Réduit. Albert Rösti, Magdalena Martullo-Blocher, Thomas Matter, um nur die prominentesten zu erwähnen, empfahlen Donald Trump zur Wahl. Dies verrät schon einiges über ihre Geisteshaltung und wie sie die Welt sehen. Ob dies für die Schweiz der richtige Weg ist? Für meine Wenigkeit definitiv nicht.

RUEDI AMREIN, WILCHINGEN SH

**Rattenfänger**

Das ist eine Initiative mit einfachen Lösungen für einfache Menschen. Die Themen, die angesprochen werden, sind sehr komplex und nicht mit einfachen Schlagworten zu bewältigen. Es ist wie so oft wieder eine Verführungsinitiative der SVP. Es wird vorgegaukelt, dass man mit einfachen Lösungen eine komplexe Problematik beenden könnte. Wie immer völlig falsch! Die, welche hier Ja stimmen, fallen halt wieder einmal auf die Rattenfänger (Rattenfänger von Hameln) der SVP herein.

MARTIN ETGETON, VIA INSTAGRAM

**WORKZEITUNG.CH / 29.4.2026: PFLEGENDE SIND HÄSSIG FÜR den Wandel**

Pflege trägt unser Gesundheitssystem seit Jahren – und trotzdem wiederholen sich immer dieselben Probleme, Warnungen und Überlastungen. Es ist eine Schande. Nicht nur für die Abwesenheit im Raum – sondern auch für die Abwesenheit von Erinnerung, Verantwortung und sichtbaren Folgen. Genau deshalb braucht es eine offene Wigwampolitik: – weniger Bühne, – weniger Wegschauen, – mehr sichtbares Gedächtnis. Denn ein System, das nur reagiert, aber nicht sichtbar lernt, lässt Menschen immer wieder alleine zurück – auch in der Pflege.

ROGER WEISHAUPT, VIA FACEBOOK

**Profitgier**

Habt ihr jemals eine Pflegeperson gehört, die sagt: «Geil, ich gehe im

Gesundheitswesen arbeiten und mache fette Kohle. Nein, natürlich nicht! Deshalb sage ich, dass all die HSG-Abgänger, die sich am System bereichern, ein Problem sind. Dieses Geld gehört den Patientinnen, den Pflegerinnen und den Prämienzahlern. Wer im Parlament hat denn die Verträge mit den Kassen eingefädelt, die unter dem Strich das Gesundheitssystem knechten. Löhne rauf, Profite runter, und die Prämien bleiben gleich oder werden günstiger. Die Sünneli-Partei, die anderen Bürgerlichen und die HSG-Studis sagen sich: «Investieren wir ins Gesundheitswesen und werden reich!»

LAVIE DANOUK, VIA FACEBOOK

**Was macht ihr dann?**

Denkt daran, wenn die nächste Pandemie kommt. Dann dürfen unsere Politiker die Pflege übernehmen, weil die Pflegenden zu Recht streiken.

ASKANA, VIA TIKTOK

**Es betrifft doch alle**

Jeder braucht irgendwann mal Pflege. Wenn es so weit ist, werden Sie sich wünschen, dass die Branche noch Mitarbeitende hat.

LAURI, VIA TIKTOK

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an [work.Redaktion.Leserbriefe,Gewerkschaft.Unia,Postfach,3000.Bern.16](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe,Gewerkschaft.Unia,Postfach,3000.Bern.16)



Als Fachperson Betriebsunterhalt reinigt **Jessica Costa** Räume – und nimmt als nonbinärer Mensch Raum ein

# Am liebsten mit der Scheuersaugmaschine

**Jessica Costa reinigt in Visp VS Schulzimmer, Garderoben, mäht Rasen und schneidet Hecken. In der Lehre zur Fachperson Betriebsunterhalt sorgt Costa für Ordnung und behauptet sich in einer Männerdomäne.**

SARAH FORRER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Das Schulhaus Sand in Visp, eingebettet im Grünen, ist normalerweise fest in Kinderhänden. An diesem frühen Abend gehört der Raum aber Jessica Costa. Mit einem Badge öffnet Jessica (22) die schwere Eingangstür, läuft zielstrebig durch die Gänge, vorbei am Materialraum hin zu einem leeren Klassenzimmer. Am Hosensack klumpert ein schwerer Schlüsselbund, in der Seitentasche steckt ein Meter.

Jessica Costa ist im zweiten Lehrjahr zur Fachperson Betriebsunterhalt EFZ. Der Lehrbetrieb: die Gemeinde Visp. Der Lohn: 1250 Franken brutto. Das Revier: drei Schulhäuser, mehrere Turnhallen, die Kita und das Feuerwehrlokal – verteilt in der ganzen Stadt. Zusammen mit 18 Teamkollegen unterstützt Jessica Costa die zuständigen Hauswarte bei allem, was anfällt.

Im Schulhaus Sand kennt Jessica mittlerweile jede Ecke, jedes Waschbecken und viele Vogelarten dazu: «Hier nisten viele Vögel. In den Pausen schaue ich ihnen gerne zu. Vor allem, wie sie laufen, finde ich unglaublich süss», sagt der Tiermensch und lacht herzlich.

**VIELE BERUFE IN EINEM.** Den Tag startet Jessica Costa jeweils mit einer kurzen Absprache mit dem Hauswart. Dann geht es selbstständig weiter. Pro Zimmer hat Costa rund 45 Minuten Zeit. Da heisst es effizient vorwärtskommen. «Am Anfang fiel mir das schwer. Doch mittlerweile bin ich geübter. Schneller. Und ich kenne verschiedene Tricks, um hartnäckige Flecken zu entfernen», erzählt Jessica.

Auch wenn Jessica viel Zeit mit dem Putzlappen und der Scheuersaugmaschine – ihrem liebsten Arbeitsgerät – verbringt: Der Alltag besteht aus weit mehr als Reinigen; im Schulareal Hecken schneiden, den Rasen mähen, Glastüren reinigen ein Lavabo entstopfen – oder Beton giessen, um ein Loch im Boden auszubessern.

«Betriebsunterhalt umfasst gefühlt unzählige Berufe», sagt Jessica Costa. Man gehe nirgends in die Tiefe – müsse aber von vielem etwas verstehen. Im Berufsunterricht nehmen sie beispielsweise invasive Pflanzenarten, Recycling, Gewässer-schutz, Kommunikation und Organisation durch.

Sowieso werde der Beruf oft unterschätzt: «Saubere öffentliche Räume sind

in der Schweiz selbstverständlich. Aber dahinter steckt Arbeit. Da kommt keine gute Fee und wedelt mit dem Zauberstab.»

**MÄNNERDOMÄNE.** Oder in ihrem Fall eher: guter Elf. Denn der Betriebsunterhalt ist noch immer eine Männerdomäne. In Jessica Costas Klasse gibt es nur Männer – und Jessica selbst, die sich als nonbinäre Person bezeichnet. «Ich sehe mich weder als Frau noch als Mann. Und ich fühle mich zu Frauen hingezogen.»

Das öffentliche Outing gab Costa vor gut einem Jahr im Radio Rottu – am internationalen Tag gegen Homophobie. Eine Kollegin hatte gefragt, ob Jessica in der Sendung über ihre Erfahrungen sprechen wolle. Spontan sagte Costa zu. «Ich sage oft: Wir müssen Raum einnehmen. Dann muss man ihn auch nutzen – auch wenn es manchmal ausserhalb der Komfortzone ist.»

Die Reaktionen kamen prompt. Und waren mehrheitlich positiv und bestärkend. Ein pensionierter Mitarbeiter schrieb: «Super gemacht!» Auch von der Lernenden-Betreuerin und vom Team erhielt Costa Zuspruch. «Seitdem kann ich im Betrieb ganz ich selbst sein. Das bedeutet mir viel.»

**MUTTER ALS VORBILD.** Selbstverständlich war das nicht immer. In der Jugend kämpfte Jessica Costa mit Unsicherheiten und Ängsten. «Wie viele Menschen, die nicht in ein Schema passen», sagt Costa. Eine grosse Stütze war die Mutter. Die Portugiesin zog Jessica mehrheitlich allein



## JESSICA COSTA HAUSTIERE UND PFLANZEN

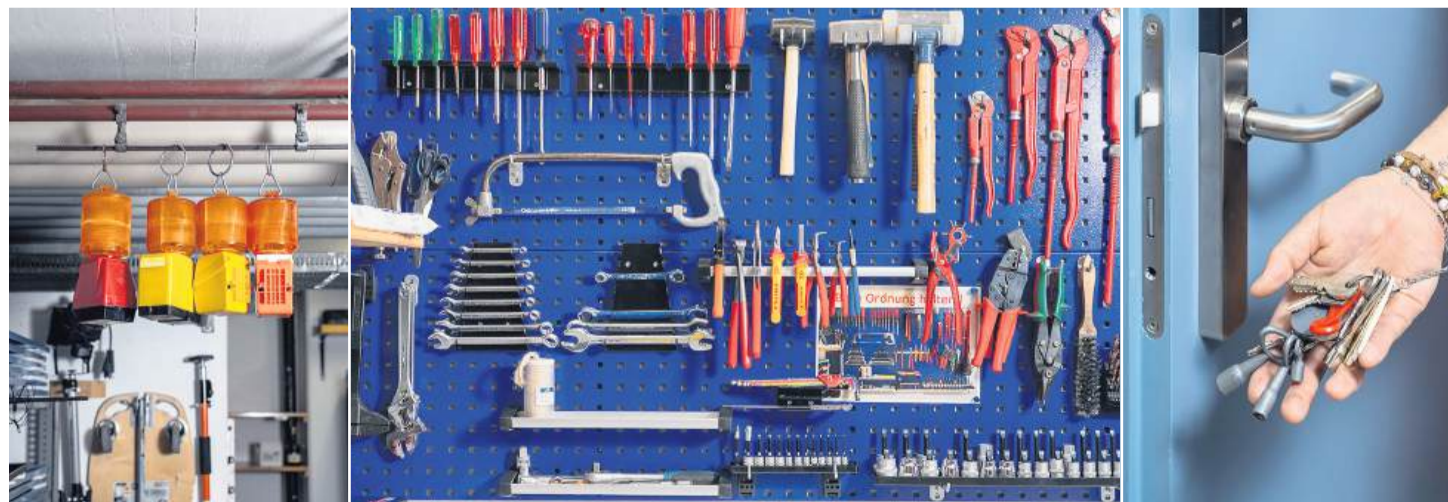
Auf Whatsapp erscheint bei Jessica Costa zuerst Minouche. Die Katze blickt mit stechend grünen Augen in die Kamera. Mit dem tierischen Weggefährten kuschelt Jessica gerne auf dem Sofa. Bei schönem Wetter drängt es Costa raus, raus an den See, in die Berge oder mit der Ausflugsgruppe QueerVS Wallis auf gemeinsame Wanderungen. Von der Natur bringt Costa oft etwas nach Hause – Samen, Ableger, kleine Pflanzen oder Früchte von Bäumen.

**DRANBLEIBEN.** In der Wohnung versucht Jessica, daraus Neues wachsen zu lassen. Manches gedeiht, manches nicht. Jessica Costa nimmt es gelassen. «Wie in der Lehre», sagt Jessica und lacht. «Beim ersten Mal klappt nichts. Beim zweiten klappt es meist schon besser. Und beim dritten Mal hat man den Dreh raus.»

gross, arbeitete viel und gab ihrem Kind etwas Entscheidendes mit: Mut und Selbstvertrauen. «Sie ist eine Powerfrau. Eine Feministin – und Vorbild für mich.»

Wenig verwunderlich wurde Costa als Jugendliche politisch aktiv. Die erste grosse Demonstration war 2020 die Black-Lives-Matter-Kundgebung in Bern. Tausende Menschen auf der Strasse. Gemeinsamer Protest. Gemeinsame Hoffnung. Jessica Costa: «Da merkte ich: Wir können etwas bewegen.» Kurz darauf liess Jessica sich ein Tattoo stechen. Fein auf der Innenseite des Oberarms steht ein einziges

Wort: «women». Mit 19 Jahren trat Jessica der Unia bei. Nebst der Gewerkschaft engagiert Costa sich im Verein QueerVS, im eigenen Umfeld und in den sozialen Medien, wo Jessica als «Greenqueerfeminist» aktiv ist. Costas grösstes Anliegen: Solidarität und Gleichheit. «Alle sollen so sein können, wie sie wollen. Ohne Maske. Ohne Verstecken.» Wie Jessica Costa selbst: Jessica nimmt selbstverständlich Raum ein. Im Schulhaus Sand. In der Gemeinde Visp. In der Gewerkschaft und der queeren Gemeinde im Wallis.



**MEHR ALS PUTZEN:** Alleine der Blick in den Materialraum und Werkzeugschrank zeigt, wie vielseitig der Beruf von Jessica Costa ist.

**Sozialabbauer? Lohndumper?  
Jobvernichter? work nennt die Namen.  
Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.



**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch; Yael Yimam, yaelyimam@workzeitung.ch  
Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Sarah Forrer, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Regula Rytz, Andreas Rieger, Peter Stüber, Clemens Studer, Noémie Zurlinden Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch  
Korrektur Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jaily, verlag@workzeitung.ch  
Anzeigenmarketing Fabienne Jaily, Telefon 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen  
Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch  
Auflage 60.488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia